

Ausschuss für Kultur und Medien
Wortprotokoll*
73. Sitzung

Berlin, den 07.11.2012, 16:00 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus
Konrad-Adenauer-Str. 1
10557 Berlin
Sitzungssaal: E.300

Vorsitz: Monika Grütters, MdB

TAGESORDNUNG:

Öffentliches Expertengespräch
Struktur der öffentlichen Kulturförderung inklusive Musikförderung

Expertinnen und Experten:

Prof. Udo Dahmen, Künstlerischer Direktor und Geschäftsführer Popakademie Mannheim

Christian Höppner, Generalsekretär Deutscher Musikrat e.V.

Christophe Knoch, Sprecher der Koalition der Freien Szene Berlin/Micamoca project berlin e.V.

Dr. Norbert Sievers, Geschäftsführer Kulturpolitische Gesellschaft

Hortensia Völckers, Vorstand, Künstlerische Direktorin Kulturstiftung des Bundes

Olaf Zimmermann, Moderator des Kulturkonvents Sachsen-Anhalt, Geschäftsführer Deutscher Kulturrat e.V.

* Redaktionell überarbeitete Abschrift der Tonaufzeichnung

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Ausschusses

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses

Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses

CDU/CSU

Börnßen (Bönstrup), Wolfgang
Grütters, Monika
Selle, Johannes
Strobl (Heilbronn), Thomas
Wanderwitz, Marco

Heveling, Ansgar

SPD

Ehrmann, Siegmund
Krüger-Leißner, Angelika
Thierse, Wolfgang, Dr. h. c.

FDP

Blumenthal, Sebastian
Kurth (Kyffhäuser), Patrick
Müller-Sönksen, Burkhardt

DIE LINKE.

Hein, Rosemarie, Dr.
Senger-Schäfer, Kathrin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Krumwiede, Agnes
Rößner, Tabea

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Bundesregierung

Gehrke

Schulz-Hombach

BKM

BKM

Bundesrat

Gramlich-Nürnberg

Steinbach

Gebhard

Forst

LV Sachsen

LV Hessen

LV Bayern

LV Sachsen

Fraktionen und Gruppen

Schweikhardt

Mühlberg

Elliesen-Kliefoth

Friebel

Kannapin

Leberl

B90/GRÜNE

DIE LINKE.

DIE LINKE.

SPD

DIE LINKE.

CDU/CSU

Die Vorsitzende: Ich darf die Kolleginnen und Kollegen, die Expertinnen und Experten und vor allem das zahlreich erschienene Publikum sehr herzlich begrüßen. Ich glaube, wir haben eine Gruppe von Studierenden, jedenfalls eine Gruppe junge Besucherinnen und Besucher hier. Ich freue mich über Ihr Interesse an unserer Arbeit und am Thema. Wir führen heute ein öffentliches Fachgespräch zu den Strukturen der öffentlichen Kulturförderung und wollen der Frage nachgehen, vor welchen Herausforderungen die staatliche Kulturförderung steht und welche Rolle dem Bund dabei zukommt. Diese Rolle ist bei der Kultur, einer hoheitlich eher den Ländern zugeschriebenen Aufgabe, gar nicht so leicht zu bestimmen. Wir wissen um die Mengenverhältnisse und, dass die Kommunen einen Großteil der öffentlichen Kulturförderung mit 44 Prozent übernehmen, die Länder 43 Prozent und der Bund 12 Prozent tragen. Trotzdem geht es um ein Thema, das uns alle ganz maßgeblich umtreibt. Der Ausschuss diskutiert die Frage auf der Basis eines klaren Bekenntnisses zur öffentlichen Verantwortung für die Förderung von Kunst und Kultur, von Künstlerinnen und Künstlern, jenseits jeder wirtschaftlichen Fragestellung oder Relevanz.

Mit ihrem Fachverstand stehen uns heute zur Verfügung (ich darf Sie in alphabetischer Reihenfolge vorstellen): Prof. Udo Dahmen, Künstlerischer Direktor und Geschäftsführer der Popakademie in Mannheim, und Christian Höppner, den wir sehr gut kennen, als Generalsekretär des Deutschen Musikrats e.V. Herzlich willkommen! Christophe Knoch ist Sprecher der Koalition der Freien Szene Berlin, die gerade in dieser Form neu zusammengekommen ist, Micamoca project berlin e.V. Schön, dass Sie gleich zum Auftakt Ihrer neuen Organisation hier sind. Dr. Norbert Sievers ist uns sehr gut bekannt als Geschäftsführer der Kulturpolitischen Gesellschaft. Er kommt extra von weit her angereist. Hortensia Völckers ist die Chefin, die Künstlerische Direktorin der Kulturstiftung des Bundes, und deshalb sehr vertraut mit den Abläufen hier. Das gleiche gilt für Olaf Zimmermann, der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats ist, aber heute eingeladen ist als Moderator des Kulturkonvents Sachsen-Anhalt.

Auf der Tagesordnung war noch ein Gast mit N. N. eingetragen. Wir sind ganz enttäuscht, dass keiner vom Deutschen Städte- und Gemeindebund, vom Deutschen Landkreistag oder vom Deutschen Städtetag in der Lage war, heute dieser Einladung zu folgen. Wir haben es bei allen drei Organisationen hartnäckig versucht. Das Ergebnis ist umso überraschender, als die Kommunen immer über die Situation klagen. Wenn wir uns ihnen dann in dieser Form widmen, können sie aber nicht eine Person schicken. Das sei an dieser Stelle kurz bemerkt.

Ich muss vorab noch ein paar geschäftsleitende Bemerkungen machen, die für Sie und für die Gäste wichtig sind. Wir hatten Ihnen, den Sachverständigen, für die heutige Sitzung Leitfragen zugeschickt, ohne Sie um ein schriftliches Statement zu bitten. Es ist interessanter für das Publikum und für uns, wenn Sie hier vortragen. Dafür geben wir Ihnen gleich jeweils drei bis fünf Minuten. Ich werde streng sein, wir haben hier eine Uhr und eine Glocke, um möglichst viel Zeit für das folgende Gespräch zu lassen. Im Obleutegespräch haben wir uns dazu auf folgendes Prozedere verständigt, wir nennen es „Berliner Stunde“: Nach den Größenverhältnissen der Fraktionen werden Minuten zugeteilt, die zusammen sowohl für die Fragen als auch für die Antworten gelten. Also, wenn es vier Minuten gibt, dann heißt das: Frage

und Antwort in insgesamt vier Minuten. Die halbe „Berliner Stunde“, nach der wir gleich die Frage- und Antwortrunden absolvieren, hat 34 Minuten und setzt sich wie folgt zusammen: Die CDU/CSU hat zwölf Minuten, die SPD acht, die FDP sechs, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils vier Minuten. Wir können also mehrere Runden zulassen. Die Sitzung ist öffentlich. Wir erstellen im Anschluss ein Wortprotokoll, das später im Internet erscheint. Das sollten Sie vorab wissen.

Ich würde vorschlagen, dass wir in alphabetischer Reihenfolge vorgehen, was die Statements angeht, und hoffe, Sie sind einverstanden. Dann hat Herr Professor Dahmen als Erster das Wort.

Prof. Udo Dahmen (Künstlerischer Direktor und Geschäftsführer Popakademie Mannheim): Sehr geehrte Frau Professor Grütters, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich darf mich sehr herzlich für die Einladung am heutigen Tag bedanken und glaube, dass ein solches Gespräch lange überfällig ist. Wir merken im eigenen Haus, wie schwer sich Kofinanzierungen zwischen Bund, Land und Kommunen zum Beispiel bei Pilotprojekten darstellen. Dabei wären ganz unterschiedliche Modelle möglich, hätten wir eine andere Aufstellung. Ich darf das gleich vorausschicken.

Sie haben mich als Chef der Popakademie eingeladen. Das heißt, ich stehe vor allen Dingen für die zeitgenössische Kultur, in diesem Fall für die zeitgenössische Musik, für populäre Musik, auch für Jazz. Dieser Bereich kommt nach meiner Meinung nicht so stark zum Zuge, wie es eigentlich sinnvoll wäre.

Aufgrund Ihrer Leitfragen habe ich mehrere Punkte, die ich kurz ansprechen möchte: Die UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt sagt, dass sowohl das kulturelle Erbe als auch die zeitgenössische Kultur im weitesten Sinne sowie Kulturen anderer Ethnien, die hier ihren Platz haben, Teil dessen sein sollten, was Kulturförderung sein kann. In der Verlängerung bedeutet das für mich, dass wir mehr Raum brauchen für alles, was zeitgenössische Kultur darstellt. Dazu zähle ich natürlich die populäre Kultur, dazu zähle ich gleichermaßen alles, was wir unter zeitgenössischer Kunst subsumieren, und natürlich den Jazz. Wir brauchen in diesen Bereichen für die Zukunft sehr viel mehr Unterstützung, weil bis dato viel größere Anteile an finanziellen Mitteln sowohl in den Kommunen und in den Ländern als auch im Bund in andere Bereiche fließen. Wenn wir aber auf die nächsten 15 bis 20 Jahre schauen, dann stellen wir fest, dass diese Bereiche von Kultur sehr viel stärker ins Blickfeld rücken werden, und das gilt für die ganze Breite. Dies gilt vor dem Hintergrund, dass wir in der populären Musik bereits ungefähr 60 Jahre an Pophistorie hinter uns haben und im Jazzbereich schon über 100 Jahre. Das sind etablierte Größen und inzwischen Mehrgenerationenprogramme, die dort zum Tragen kommen.

Das bedeutet, dass Modelle entwickelt werden müssten, die die Kofinanzierung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden möglich machen. Im kleinen Stil haben wir im eigenen Hause so etwas hinbekommen. Es ist aber sehr, sehr aufwendig und sehr, sehr komplex, diese Dinge in Gang zu setzen. Für die Zukunft würde das bedeuten, dass wir solche Dinge auf unterschiedlichen Ebenen vielleicht anders regeln können. Eine Möglichkeit wäre, einen Fonds zu bilden, aus dem der Bund die Möglichkeit hat, zum Beispiel Projekte im zeitgenössischen Bereich zu unterstützen. Zum Zweiten wäre es denkbar, dass man

sich an einem wiederkehrenden Runden Tisch „Kultur“ ständig darüber unterhält, wie neue Projekte in Gang zu bringen wären.

Ein dritter Punkt ist die kulturelle Bildung. Der Platz der kulturellen Bildung wird nach übereinstimmender Meinung vieler, mit denen ich gesprochen habe, die Schule sein. Dieser Platz „Schule“ stellt sich zurzeit als ausschließliches Ausbildungsinstitut dar, noch nicht als kulturelle Einrichtung. Es gibt zwar dort viele Möglichkeiten, es werden dort auch viele Initiativen in Gang gesetzt, aber ich glaube, dass für die Zukunft die Schule auf unterschiedlichen Ebenen im Nachmittagsprogramm (auch im Abendprogramm) viel stärker kultureller Platz sein soll und sein kann und dass dort auch entsprechende Kräfte, Lehrkräfte, Multiplikatoren im weitesten Sinne, zur Verfügung stehen müssen, die das möglich machen.

Ein erster Ansatz war natürlich Jeki („Jedem Kind ein Instrument“). Ein grandioses Programm! Das Problem dabei war im ersten Schritt, dass im Rahmen des Programms die Multiplikatoren in der Ausbildung nicht zur Verfügung standen, die all das sofort hätten möglich machen können, was man zum Beispiel in einer größeren Gruppe, in heterogenen Gruppen hätte erarbeiten müssen. Was fehlt uns dort? Uns fehlen die Künstler! Uns fehlen Künstler, die in der Lage sind, mit methodischen, pädagogischen Mitteln, ihre Kunst zu vermitteln, und das nicht nur in Kleingruppen, sondern auch in großen Gruppen können.

Die Vorsitzende: Danke. Herr Höppner, bitte.

Christian Höppner (Generalsekretär Deutscher Musikrat e.V.): Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren Abgeordnete, ich finde es toll, dass diese Anhörung stattfinden kann! Vorweg würde ich gern bemerken, dass wir bei dieser Diskussion aufpassen müssen, dass wir nicht in eine neue Verteilungsdebatte geraten. Wir haben den Fehler bei der Urheberrechtsdiskussion gemacht, dieses Thema haben wir fast ausschließlich unter juristischen Aspekten diskutiert. Aber die Frage, welche Wertstellung Bildung und Kultur in unserer Gesellschaft haben, haben wir dabei zu wenig im Blick gehabt. Udo Dahmen hat Ihnen den Runden Tisch „Kultur“ vorgeschlagen. Ich könnte mir vorstellen, dass man so etwas wie eine „Initiative kulturelle Vielfalt“ startet, deren Plattform durchaus die Zivilgesellschaft bilden könnte, um die Themen abzuhandeln: Was wollen wir, was brauchen wir, was braucht die Gesellschaft, was braucht der Einzelne? Es geht nicht nur um rein monetäre Gesichtspunkte.

Ich möchte mich auf drei Punkte konzentrieren. Der erste Fragenblock kreist um die Herausforderungen für die öffentliche Kulturförderung. Dem Deutschen Musikrat wäre es ein großes Anliegen, dass das Thema der kulturellen Vielfalt und die UNESCO-Konvention, die gerade schon erwähnt wurde, zum Schutz und zur Förderung der kulturellen Vielfalt viel stärker im Mittelpunkt stehen. Wir nehmen mit Ausnahmen, auch mit erfreulichen Ausnahmen wahr (wie dem BKM, der sich immer stärker auf die kulturelle Vielfalt beruft), dass die Konvention eigentlich ein Schubladenübereinkommen ist, das gut für Sonntagsreden ist, aber noch zu wenig Eingang in Montagshandeln findet. Die UNESCO-Konvention ist eine zentrale Konvention, die genau die drei Grundsäulen dessen, was sich in unserem Kulturleben

abspielt, widerspiegelt. Sie bietet uns eine ideale Berufungs- und Handlungsgrundlage für kulturpolitisches Handeln.

Die zweite große Herausforderung sehe ich darin, kulturelle Teilhabe zu sichern, insbesondere im ländlichen Raum. Wenn man sich klarmacht, dass wir ohne kulturelle Teilhabe keine kulturelle Vielfalt haben können, dann gibt es einen zwingenden Zusammenhang, der aber gerade im ländlichen Raum noch einmal hinterfragt werden muss, um zu klären, mit welchen Modellen man dort diese Teilhabe sichern kann. Eine Entwicklung, die der Musikrat negativ wahrnimmt, ist die Konzentration auf Projekte und auf Events. Wir reden von „Projektitis“ bzw. von „Eventisierung“ kultureller bzw. musikalischer Bildungsangebote. Damit ich nicht missverstanden werde: Wir sind sehr für Projekte, weil sie Impulse setzen können. Aber wir brauchen eine Stärkung der Orte kultureller Erstbegegnung. Das ist die Kindertagesstätte, das sind die Schulen und die außerschulischen Einrichtungen wie die Musikschulen. Und wir brauchen eine Stärkung des Bewusstseins, dass Bildung und Kultur eine öffentliche Aufgabe in öffentlicher Verantwortung und mit öffentlicher Finanzierung sind. Diese Bewusstseinsarbeit ist wichtig, weil sie letztendlich die notwendigen Ressourcen schafft. Das schließt natürlich die Kofinanzierung mit Partnern ein. Aber dieser öffentliche Ansatzpunkt, der müsste stärker in den Mittelpunkt geschoben werden.

Die letzte große Herausforderung sehe ich bei dem Stichwort „Prekariat“. Da kann, glaube ich, von Schwarzmalerei keine Rede sein. Sie können bei der Künstlersozialkasse nachfragen, wie hoch der Durchschnittsjahresverdienst von Künstlerinnen und Künstlern liegt. Das Einkommen liegt bei rund 11.000 Euro im Jahr. Wir haben gerade von einer ver.di-Studie gehört, die das noch einmal traurig belegt. Es ist ein gesellschaftspolitischer Skandal, dass Menschen mit einer solch hohen Qualifikation und nach langer Ausbildungszeit nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt durch ihre Arbeit zu bestreiten. Das führt natürlich zu Patchwork-Existenzen, die für die Qualitätssicherung, für die notwendigen Fachkräfte und die Fachlichkeit in der Schule nicht förderlich sind.

Der zweite Punkt bezieht sich auf den Spielraum für den Bund im Rahmen der Kulturhoheit der Länder. Das ist altbekannt, ich weiß, und viel diskutiert. Trotzdem fordern wir immer wieder die Abschaffung des Kooperationsverbotes. Bund und Länder bewegen sich ja schon an vielen Stellen wirklich sehr positiv aufeinander zu, aber das Kooperationsverbot macht es natürlich sehr schwer, wirklich intelligent einfache und schnelle Lösungen voranzubringen.

Dass der Bund, und das wäre der dritte Punkt, noch stärker als Impulsgeber tätig sein kann und sollte, hat er eindrucksvoll bei dem Projekt „Kultur macht stark!“ bewiesen. Aber, ich könnte mir noch mehr vorstellen, auch, was die Steuerungsmechanismen betrifft. Die UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt bietet vielfältige Möglichkeiten, auch Förderkriterien herauszuziehen und einzuspeisen. Ein weiteres Kriterium könnte zum Beispiel sein, inwieweit einzelne Institutionen mit der freien Szene kooperieren. Man muss das sehr vorsichtig, sehr sensibel handhaben, aber das wäre durchaus auch ein Steuermechanismus.

Ich sehe, ich habe noch 20 Sekunden, deshalb ganz kurz zum Schluss: Ich habe in Vorbereitung auf das Gespräch heute noch einmal den Bericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ studiert und war überrascht, wie viel davon noch aktuell und nicht umgesetzt ist. Den Bericht stärker ins Bewusstsein zu rufen und zu nutzen wäre ein Appell. Hinzu kommt ein zweiter: Ich verstehe nicht, warum der Deutsche Bundestag bis heute nicht das Staatsziel „Kultur“ beschlossen hat. Ich weiß, dass so ein Passus im Grundgesetz keinen Euro mehr bringt, aber er wäre ein wichtiger Baustein für den eingangs von mir geforderten gesellschaftlichen Diskurs über die Wertstellung von Bildung und Kultur. Danke.

Die Vorsitzende: Wenn Sie vor dem Bundesrat säßen, wäre diese Bemerkung auch nicht falsch gewesen. Der Bundestag ist nicht immer das Problem. Jetzt hat als Nächster Herr Knoch das Wort.

Christophe Knoch (Sprecher der Koalition der Freien Szene Berlin/Micamoca project berlin e.V.):

Guten Tag. Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Abgeordnete, herzlichen Dank für die Einladung. Ich bin hier als Sprecher der Koalition der Freien Szene in Berlin. Wir sind uns sehr bewusst, dass die Fragestellungen, die uns beschäftigen, Berliner Fragestellungen sind, aber wir merken immer wieder, auch im Kontakt mit anderen Städten sowohl in Deutschland als auch im Ausland, dass die Fragestellungen überall dieselben sind. Insofern ist eine gewisse Exemplarität sicherlich vorhanden.

Was wir in Berlin feststellen, ist, dass eine sehr, sehr starke Professionalisierung der gesamten freien Szene stattgefunden hat. Ich kann mich in allem meinen Vorrednern anschließen, denn ich glaube, dass wir in dieselbe Richtung stoßen. Es ist eben nicht nur das Kultur, über dem Theater, Museum oder Oper steht. Vielmehr hat die gesamte freie Szene, haben alle nicht institutionalisierten oder alle nicht institutionalisierten arbeitenden Künstler diesen Professionalisierungsgrad und einen international anerkannten Qualitätsgrad erreicht, befinden sich aber gleichzeitig in sehr prekären Arbeitsverhältnissen.

Zu unseren Ideen, wie neue Finanzstrukturen dafür entwickelt werden können, gehört zunächst einmal die City Tax. Das scheint zunächst wieder einmal nur eine Berliner Fragestellung zu sein, aber wir merken, dass in verschiedenen deutschen Städten dieselben Fragen gestellt werden. Die City Tax basiert auf der Überlegung, dass bei allen Hotel-Übernachtungen ein gewisser Prozentsatz des Preises als Steuer eingenommen wird und davon ein bestimmter Betrag an die freie Szene fließt. Unsere Forderung wären 50 Prozent davon für die freie Szene.

Wenn weiter gefragt wird, was der Bund tun könnte, dann sind die Liegenschaften zu nennen. Die Freie Szene arbeitet sehr viel an Orten, die, wie gesagt, nicht Theater sind, die nicht Museen sind, sondern an Orten, die vielleicht gerade nicht genutzt werden, die vorübergehend freistehen. Dem Bund gehören sehr viele Liegenschaften, sehr viele Örtlichkeiten, auch im Zentrum der Städte, die genutzt werden könnten, die Möglichkeiten böten für die Kultur, sei es als Zwischennutzung oder sei es zur längerfristigen Nutzung.

Der dritte Schwerpunkt, auf den wir uns konzentrieren, ist die Ausrichtung des Hauptstadtkulturfonds. Der Hauptstadtkulturfonds ist in seiner ursprünglichen Ausrichtung ein Instrument gewesen, um auf die neuen Herausforderungen, vor denen Berlin steht, antworten zu können. Wir merken mehr und mehr, dass der Hauptstadtkulturfonds zunehmend ein Instrument und ein Mittel ist, um institutionalisiert geförderte Einrichtungen zu unterstützen. Wir plädieren sehr stark dafür, dass die Förderung aus dem Hauptstadtkulturfonds stärker in die Freie Szene oder in Projekte fließt, an denen die Freie Szene beteiligt ist. Das wäre kurz unsere Position.

Die Vorsitzende: Sehr schön, vielen Dank. Jetzt bitte Herr Dr. Sievers.

Dr. Norbert Sievers (Geschäftsführer Kulturpolitische Gesellschaft): Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, auch ich bedanke mich für die Gelegenheit, zu dem Thema ein wenig beitragen zu können, was ich notwendigerweise etwas holzschnittartig und thesenartig mache.

Kulturpolitik ist bekanntlich ein Balanceproblem. Hochkultur und Breitenkultur, Amateure und Profis, Stadt und Land, Zentrum und Peripherie, Tradition und Innovation, Angebot und Nachfrage, die Förderung von Projekten und Institutionen und vieles andere mehr kennzeichnen die Situation, in der sich Kulturpolitik bewähren muss. Es hat den Anschein, als sei diese Balance an manchen Stellen aus dem Lot geraten, so dass man nachjustieren müsste. Die bestehenden Probleme der öffentlichen Kulturförderung sind komplex und auf einen einfachen Nenner nicht zu bringen. In finanzieller Hinsicht besteht das Problem darin, dass die öffentlichen Kulturausgaben zwar steigen, aber dennoch viele Kultureinrichtungen nicht leben und nicht sterben können und dadurch an Attraktivität verlieren. Institutionell hat öffentliche Kulturpolitik eine Vielzahl an Einrichtungen zu unterhalten, die die Kulturetats bis an die Grenze belasten, so dass die freien Spitzen immer stärker unter Druck geraten, wenn es sie denn überhaupt noch gibt. Inhaltlich ist Kulturpolitik auf die Bewahrung und Pflege eines großen kulturellen Erbes und Wertekanons bezogen, dessen Inhalte und Formate nicht mehr unbedingt mit den kulturellen Interessen der Menschen korrespondieren. Diese Herausforderungen sind nicht neu und wären noch zu bewältigen, stünden sie nicht im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Entwicklungen, die die Probleme verschärfen:

- die bekannten Folgen der demografischen Entwicklung;
- die weitere Pluralisierung der kulturellen Milieus und Interessen;
- die problematische finanzielle Situation der Länder und Kommunen;
- die prekäre soziale Lage von immer mehr Menschen.

Aus der hier angedeuteten Gemengelage ist eine Situation entstanden, die in der Tat Symptome eines institutionellen Infarktes aufweist: zu viel Ballast, zu wenig Bewegung. Und wenn dann noch die Blutzufuhr ins Stocken gerät, also Geld und Publikum knapp werden, gibt es ein Problem.

Daran wird zurzeit an vielen Orten gearbeitet. Vor allem in den mittel- und ostdeutschen Ländern, aber auch im Westen, stehen die Zeichen eher auf Konsolidierung und Umbau der kulturellen Infrastruktur, denn auf Wachstum. Dazu bedarf es einer planvollen, konzeptbasierten Kulturpolitik, die in Kenntnis der skizzierten Probleme neue Weichen stellt. Der nächste Kulturpolitische Bundeskongress handelt deshalb

von diesem Thema.

Was ist dabei mit Blick auf die gestellten Fragen zu bedenken? Dazu nur fünf Stichworte:

1. Verantwortungsteilung

Der Governance-Ansatz, der im Fragenkatalog zitiert wird, basiert im Prinzip darauf, dass man die kulturpolitischen Aufgaben auf verschiedene Schultern hebt. Der Staat, die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft sollen gemeinschaftlich die Arbeit leisten. Das ist im Prinzip eine gute Idee, wenn man dabei berücksichtigt, dass diese Sektoren sehr unterschiedlicher Natur sind und sehr unterschiedliche Aufgaben zu erfüllen haben. Man kann sie nicht auf einen staatlichen Handlungsplan verpflichten. Verantwortungsteilung darf nicht Verantwortungsdelegation bedeuten und darf auf keinen Fall zu Verantwortungsdiffusion führen. Vielmehr bedarf es vereinbarter Ziele, ausgehandelter Regeln und fairer Verträge als Grundlage für eine verlässliche Zusammenarbeit. Das Zuwendungsrecht ist für derartige kooperative Arrangements in seiner bisherigen Fassung und Auslegung nicht geeignet. Schließlich: Nicht jede öffentliche Verantwortung ist teilbar und nicht jede öffentliche Aufgabe ist privatwirtschaftlich oder frei gemeinnützig zu erbringen.

2. Kooperative Kulturförderung

Die dezentrale und föderale Kulturförderung und der kulturelle Trägerpluralismus sichern die kulturelle Vielfalt und die Kunstfreiheitsgarantie des Grundgesetzes strukturell. Das Prinzip der Staatsferne und die Logik einer Kulturförderung aus vielen Händen haben denselben Effekt und sollten deshalb gestärkt werden. Gemeint sind damit nicht nur öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Stiftungen, die derzeit in immer größerer Zahl und mit immer stärkerem Einfluss und Kapital auftreten, sondern auch Förderfonds frei gemeinnütziger Träger, die das Prinzip der Selbstverwaltung der Kunst mit Leben füllen und ein wichtiges Glied in der trisektoralen Kooperationsstruktur bilden könnten.

3. Projektförderung

Zu diesem Stichwort ist bereits etwas gesagt worden, deshalb möchte ich mich hier auf den Aspekt konzentrieren, dass immer mehr öffentliche Aufgaben, die dauerhaft erledigt werden müssen, in Form und Format der Projektförderung gefördert werden. Dies kann auf Dauer nicht gutgehen, weil die Förderung auf Basis des Zuwendungsrechts die betroffenen Einrichtungen systematisch schlechter stellt. Dies fördert auf Dauer kein Vertrauen, dessen es in der Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft aber bedarf, sondern zerstört dieses Vertrauen. Deswegen muss es dort zu einer anderen Regelung kommen.

4. Subjektorientierung

Mit diesem Stichwort meine ich, dass man zu einer anderen Balance zwischen der Förderung von Strukturen, Institutionen und Personen kommen müsste. Die wirklich prekäre Lage der Künstlerinnen und kulturellen Akteure, und zwar in allen Bereichen, sowohl in öffentlichen Kultureinrichtungen und in denen der frei gemeinnützig Träger als auch in der Kreativwirtschaft, die, was die atypischen

Beschäftigungsverhältnisse angeht, am untersten Ende aller Wirtschaftsbereiche steht, muss ins Zentrum der Kulturpolitik rücken. Man muss hier zu neuen Überlegungen, zu neuen Strategien und Maßnahmen kommen, um dem beizukommen. Diesem Problem muss in der Kulturpolitik Vorrang in den nächsten zehn, zwanzig Jahre eingeräumt werden.

5. Kulturpolitik braucht Zustimmung

Auch zu diesem Stichwort ist schon einiges gesagt worden. Die kulturellen Präferenzen haben sich verändert, das Angebot muss darauf reagieren. Ich will darauf hinweisen, dass dieser Aspekt auch in den Räten der Kommunen eine Rolle spielt.

Die Vorsitzende: Herr Dr. Sievers, ich bitte um Entschuldigung, aber Sie sind nicht der Vertreter der Kommunen, die hätten sich ja selbst vertreten können. Insofern muss ich auf die Uhr schauen. Ich entziehe ungern das Wort, aber das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Deshalb ist jetzt Frau Völckers an der Reihe.

Hortensia Völckers (Vorstand, Künstlerische Direktorin Kulturstiftung des Bundes): Vielen Dank für die Einladung. Meine Damen und Herren, wenn man als Fünfte zu Wort kommt, kann man sich vielleicht sogar erlauben, eine kleine Vision zu zeichnen. Die Fragestellungen ermutigen einen ja fast dazu zu sagen, was man sich wünscht. Die Bundeskulturstiftung hat zehn Jahre lang eine Art Versuchsballonfunktion gehabt. Wir probieren ununterbrochen diesen Mechanismus aus, zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu fördern und Sachen auszuprobieren. Man kann fast sagen, wir agieren unter dem Radar und immer etwas kleiner, als wenn es um eine große Maßnahme gehen würde.

Ich bin in den letzten Jahren, in denen wir uns mehr mit kultureller Bildung beschäftigt haben, auf ein Phänomen gestoßen, das zukunftsfähig ist: die Bildungslandschaft. Das ist meine Vorstellung von der Zukunft in Deutschland. Deutschland muss eine Bildungslandschaft sein, in der Kultur und Kunst ein Teil sind. Damit meine ich, Strukturen, die das Zusammenwirken der Institutionen, die Verantwortungsgemeinschaften, das Abstimmen und die Kooperation fördern. Ich glaube, wir haben im Prinzip alles. Das Problem ist aber, dass wir nebeneinander her arbeiten. Wenn ich mir eine Kommune als Bildungslandschaft vorstelle, wo von der Universität bis zur Kita über Museum, Theater und freie Szene im Grunde genommen alle in der Verantwortung sind, kann es nur mit einem engen Netzwerk funktionieren, das von den Kleinsten – und es darf uns keiner verlorengelassen – bis in den Arbeitsprozess und später in die Weiterbildung bis zum Ende des Lebens reicht. Deshalb sind wir natürlich auch nicht für die Schließung von Institutionen zugunsten freier Projekte. Ich glaube, wenn wir die Institutionen verlieren, verlieren wir eigentlich das Wichtigste. Dass wir so viele Institutionen haben, ist vermutlich der Grund dafür, dass wir – was die Ausstattung anbelangt – wahrscheinlich die reichste Kulturlandschaft in Europa haben. Diese Kulturlandschaft müssen sie vitalisieren und zukunftsfähig machen. Dazu braucht es Personal, es braucht eine Öffnung und es braucht Mittel, damit dieses Miteinander finanziert wird. Wenn in einer Schule kein Beauftragter für Kultur da ist, der zwei oder drei oder vier Stunden in der Woche zur Verfügung hat, um Projekte zu organisieren und Menschen von außen, Spezialisten aus allen

Bereichen (Sänger, Physiker, Anwälte, wen auch immer) hereinzuholen, um mit jungen Menschen zusammenzuarbeiten, wird das nicht funktionieren. Es muss in den Institutionen Anlaufstellen geben und die Möglichkeit, das Netzwerken einzuüben. Das kostet Geld. Ich habe das im Kleinen in vielen Orten in Deutschland schon gesehen. Es ist sehr interessant, wie das funktioniert. Ich sage jetzt etwas, obwohl sich dabei hier manche von Ihnen schütteln mögen: Ich bin der Meinung, dass der Bund mit großen Programmen (nach dem Vorbild der großen Wissenschaftsprogramme), bei denen sich eine Kommune oder eine Landschaft bewerben kann, im Kulturbereich über fünf oder zehn Jahre Strukturen stimulieren und auf den Weg bringen könnte.

Es gibt natürlich eine Menge Erfahrungen aus unserer zehnjährigen Arbeit zu den unterschiedlichen Fragen, die Sie gestellt haben. Vielleicht kann man darauf später noch spezifisch antworten. Vielen Dank.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Zimmermann, bitte.

Olaf Zimmermann (Moderator des Kulturkonvents Sachsen-Anhalt, Geschäftsführer Deutscher Kulturrat e.V.): Vielen Dank. Meine sehr verehrten Damen und Herren, herzlichen Dank für diese Einladung, die wirklich etwas Besonderes ist, denn – Sie haben es schon bei der kurzen Vorstellung gesagt – ich bin heute nicht in erster Linie als Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates eingeladen, sondern als Moderator des Kulturkonvents in Sachsen-Anhalt. Diese Einladung und, dass Sie sich mit dem Thema Sachsen-Anhalt beschäftigen wollen, wird als eine ganz besondere Wertschätzung gesehen. Sachsen-Anhalt ist vielleicht eine der faszinierendsten Kulturlandschaften, die wir in Deutschland zu bieten haben, sie steht aber vor ganz großen Problemen. Ich möchte gern versuchen, Ihnen einen kurzen Einblick zu geben und habe mir deshalb erlaubt, die Fragen, die Sie gestellt haben, schriftlich zu beantworten, damit ich die Zeit habe, diesen kurzen Einblick in die Probleme dieses Landes geben zu können.

Seit 1990 hat Sachsen-Anhalt 19 Prozent seiner Einwohner verloren, die meisten von ihnen durch Wegzug. Bis zum Jahr 2025 wird das Land voraussichtlich noch einmal 18 Prozent seiner Einwohner verlieren, jetzt nicht mehr in erster Linie wegen Wegzugs, sondern weil es einfach zu wenig junge Frauen gibt, zu wenig Frauen im gebärfähigen Alter, die dafür sorgen könnten, dass die Bevölkerung nicht weiter schrumpft. Das heißt, wir müssen davon ausgehen, dass die Bevölkerung in den nächsten Jahren in Sachsen-Anhalt unter die 2-Millionen-Grenze sinkt, und das bedeutet auch, dass Sachsen-Anhalt in 20 Jahren voraussichtlich den ältesten Bevölkerungsdurchschnitt in Europa aufweist.

Gleichzeitig ist die Wirtschaftskraft in Sachsen-Anhalt unterdurchschnittlich und sind damit logischerweise auch die Steuereinnahmen unterdurchschnittlich. Die Transferzahlungen aus dem Solidarpakt II laufen 2019 aus, es wird an Ihnen liegen, ob es einen Solidarpakt III gibt. Zumindest muss man jetzt erst einmal damit rechnen, dass er 2019 auslaufen wird. Ab Januar 2014 wird Sachsen-Anhalt nicht mehr den Status der Ziel-1-Region bei der EU-Förderung haben, auch deswegen wird es massive

Einschnitte geben. Der Länderfinanzausgleich wird in vielen Bundesländern heftig diskutiert, auch da müssen wir schauen, welche Entwicklungen es in der nächsten Zeit geben wird. Außerdem muss das Land natürlich – wie der Bund, wie alle Länder – die Schuldenbremse einhalten. Summa summarum, der Landesetat sinkt dramatisch, und das hat unmittelbare Auswirkungen auf die Frage, wie die Kultur finanziert wird.

Sachsen-Anhalt weist heute die zweithöchsten Kulturausgaben unter allen Flächenländern pro Einwohner auf, nur Sachsen erzielt noch höhere Kulturausgaben, nach Sachsen-Anhalt kommt dann Thüringen. (Der Vergleich bezieht sich auf die Flächenländer, nicht einbezogen sind die Stadtstaaten.) Im Moment gibt Sachsen-Anhalt 107,48 Euro pro Kopf und Jahr für Kultur aus, und Sachsen-Anhalt ist das Kernland der deutschen Geschichte. Ich möchte Sie alle herzlich einladen, wenn Sie die Zeit und die Möglichkeit haben, sich noch bis zum 9. Dezember die hervorragende Ausstellung „Otto der Große und das Römische Reich“ im Kulturhistorischen Museum in Magdeburg anzuschauen.

Sachsen-Anhalt hat noch etwas ganz Besonderes aufzuweisen, und damit komme ich auf das eigentliche Thema, worum es mir hier geht: In Sachsen-Anhalt liegen die meisten UNESCO-Welterbestätten Deutschlands. Es sind fünf: Die Stiftung Bauhaus in Dessau (1), Stiftskirche, Schloss und Altstadt in Quedlinburg (2), die Stiftung Luthergedenkstätten in Wittenberg und Eisleben (3), die Kulturstiftung Dessau-Wörlitz (also das Gartenreich, 4) und das Biosphärenreservat Mittelelbe (5). Auf der Tentativliste, der Vorschlagsliste, stehen noch die Frankeschen Stiftungen zu Halle, und in den Antragsvorbereitungen steckt die Kulturlandschaft Saale-Unstrut mit dem Naumburger Dom. Außerdem sollen zwei Bereiche erweitert werden: Das Bauhausgebäude in Dessau soll zur Kulturstiftung Dessau-Wörlitz hinzu kommen, und Martin Luthers Elternhaus in Mansfeld in die Stiftung Luthergedenkstätten eingebracht werden.

Angesichts dieser Bedingungen und der skizzierten, erheblichen demografischen Veränderungen hat der Landtag beschlossen, dass nicht per Order di Mufti entschieden werden soll, wie sich die kulturelle Infrastruktur entwickelt, sondern dass ein Kulturkonvent eingesetzt wird, der aus Vertretern der Zivilgesellschaft, Vertretern der Verbände, Vertretern des Landtags, Vertretern der Verwaltung und Vertretern der Kirchen besteht, und die Aufgabe hat, bis Januar 2013 eine Kulturentwicklungsplanung bis zum Jahr 2025 vorzulegen.

Ich glaube, dass ein Kulturland wie Sachsen-Anhalt die notwendigen Ausgaben für die Kultur, und das heißt zu einem ganz erheblichen Teil auch und gerade für die großen UNESCO-Weltkulturerbestätten, nicht alleine schultern kann. Es gibt schon jetzt Unterstützung, ohne Zweifel, aber es gibt zu wenig Unterstützung, und deswegen lautet meine herzliche Bitte, dass wir darüber diskutieren, ob der Bund nicht einen erheblich größeren Anteil der UNESCO-Welterbestätten in seine Verantwortung übernehmen könnte. Eine zweite und letzte Bitte, danach komme ich zum Schluss, betrifft die Themen Bauhausjubiläum 2019 und Reformationsjubiläum 2017. Hier müsste die Förderung des Bundes noch einmal deutlich erhöht werden. Das gilt, obwohl ich weiß, dass es in beiden Bereichen schon

Förderungen des Bundes gibt. Aber die reichen nicht aus. Dankeschön.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Ich erinnere noch einmal an das Verfahren auf der Basis der „Berliner Stunde“. Die Minuten haben die Fraktionen vorhin notiert, Fragen und Antworten müssen in diese Zeit hineinpassen. Mir liegen schon Wortmeldungen von Herrn Kollegen Börnsen und Herrn Ehrmann vor.

Bevor wir beginnen, gebe ich Frau Dr. Berggreen-Merkel das Wort. Wir hatten überlegt, ob Frau Dr. Berggreen-Merkel, die Staatsminister Bernd Neumann vertritt und für den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) hier ist, erst dann etwas sagt, wenn die Fragen gestellt sind, oder lieber jetzt schon. Ich glaube, jetzt ist es besser.

MDn Dr. Ingeborg Berggreen-Merkel (Abteilungsleiterin, BKM): Ich mache es ganz kurz. Aber mir liegt bei dieser Diskussion daran, Dank zu sagen. Wir haben von Seiten des Bundes natürlich nur ganz begrenzte Kompetenzen in diesem Bereich. Die Kulturförderung liegt nach dem Grundgesetz eindeutig bei Ländern und Kommunen. Wir haben, seit der Föderalismuskommission unbestritten, einige ungeschriebene Kompetenzen und einige geschriebene Kompetenzen. Mein Dank, den ich hier aussprechen wollte, ist an den Deutschen Bundestag gerichtet, geht an Sie alle, dafür, dass es gelungen ist, die Bundesförderung in den letzten Jahren stets zu erhöhen. Das zeigt, welche große Bedeutung der Bund den Bereichen widmet, für die er zuständig ist, in all ihren Facetten, die ich jetzt nicht wiederholen will, Sie haben sie schon angesprochen. Das reicht von dem, was wir bei den großen Leuchttürmen machen, für die wir zuständig sind, bis zu dem, was wir an Innovationen fördern wollen über die Kulturstiftung des Bundes. Frau Völkers hat es vorhin angesprochen, ich nenne nur den Tanzplan und die Kulturagenten, die Programme also, mit denen Neues angestoßen werden kann, mit denen Modellversuche gestartet werden können, die große, breite Palette. Ich will das jetzt nicht vertiefen. Mir war nur daran gelegen, zu Beginn dieser Diskussion noch einmal meinen Dank dafür auszusprechen, dass die Kulturförderung des Bundes durch den Bundestag derartig unterstützt wird. Vielen Dank.

Die Vorsitzende: Es können auch Fragen an Frau Dr. Berggreen-Merkel gestellt werden, die sie dann nachher beantwortet. Jetzt hat der Kollege Börnsen das Wort.

Abg. Wolfgang Börnsen (Bönstrup, CDU/CSU): Herzlichen Dank an Sie für hilfreiche Anregungen und Einschätzungen. Herzlichen Dank auch, dass Sie heute Ihre Zeit für uns verwenden. Das ist nicht selbstverständlich. Heute hätten neben Ihnen eigentlich Vertreter des Städte- und Gemeindebundes, des Landkreistages oder des Städtetages sitzen sollen. Diese Organisationen vertreten nämlich die Institutionen, die gemeinsam mit den Ländern für knapp 90 Prozent der gesamten Kulturförderung verantwortlich sind. Nicht wir! Der Bund ist für rund zehn Prozent verantwortlich. Wir tun unser Möglichstes, übrigens in weitgehender Übereinstimmung zwischen allen Fraktionen. Wir ziehen uns den Schuh (die Kritik an der Kulturförderung) nicht an, ich jedenfalls nicht. Ich glaube sehr wohl, dass in der Kulturpolitik des Bundes in den letzten zehn Jahren viele Impulse, die von Ihnen gekommen sind, aufgegriffen worden sind, dass viele Projekte durchgeführt worden sind, obwohl es eigentlich nicht um

eine Bundesaufgabe ging. Dank der Bundeskulturstiftung ist es zum Beispiel gelungen, völlig neue kulturpolitische Überlegungen in unsere Gesellschaft zu tragen. Aber die Verantwortung liegt nicht beim Bund, sondern in erster Linie bei Kommunen und Ländern. Deshalb muss man sich überlegen, wenn man wie Sie, Herr Dahmen, sagt, wir brauchen für die Zukunft eine grundsätzliche Neuorientierung der Kulturpolitik unter Einbindung der Schulen, dass die dafür geforderte Konferenz notwendigerweise zur Kultusministerkonferenz gehört. Da gehört ein Runder Tisch hin, aber der Bund muss sich beteiligen.

Ich möchte eine zweite kurze Bemerkung machen, die sich auf das bezieht, was wir am 28. März 2012 hier im Ausschuss gemeinsam erklärt haben. Ich finde übrigens, an der Stelle hätte sich die Kulturszene noch stärker einbringen können. Sie wissen, Anfang des Jahres ist ein Buch erschienen, verbunden mit einem entsprechenden Artikel in einem großen Magazin. Darin wurde von engagierten Vertretern aus der Kultur gesagt, wir gäben in Deutschland zu viel für die Kultur aus. Halbiert die Kulturförderung! Bei Wolfgang Thierse angefangen, über die Freien Demokraten und DIE LINKE. bis hin zu den Verantwortlichen in der Bundesregierung, Bernd Neumann eingeschlossen, haben wir gesagt: Das ist eine höchst problematische These. Wir teilen sie nicht. Und wir sind auch dagegen angegangen. In der Kulturszene hat sich erst sehr viel später die Kritik geregt. Sie glauben nicht, wie viele sich dieser Thesen angenommen haben, dass wir zu viel für die Kultur tun. Nach unserer Auffassung tun wir zu wenig. Es muss mehr gemacht werden, weil die Kultur eine tragende Säule der Identität der Menschen ist.

Nun zu meinen Fragen. 1. Wir würden von Dr. Norbert Sievers gerne wissen wollen: Was sagen Sie zu der These, die Kulturförderung in Deutschland sollte halbiert werden? Wie ist Ihre Auffassung dazu? 2. Eine Frage an Hortensia Völckers: Wie funktioniert die Fondsförderung in der Bundeskulturstiftung? Ich frage das, weil die Fonds im ersten Beitrag von Herrn Prof. Dahmen eine Rolle gespielt haben. 3. Sie, Herr Dahmen, hätte ich gerne gefragt, ob Sie für eine Quote sind, wie sie die Franzosen haben? Denn Sie sagen ja, die Musikförderung leide in Deutschland unter Schwachpunkten und Defiziten. Da kommen ja auch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ins Spiel. 4. Christian Höppner hat gesagt, es gibt bei uns keine Vielfalt. Wo gibt es denn dafür bitte konkrete Beispiele? Der Deutsche Musikrat bekommt 44 Mio. Euro, eine Million Kinder lernen im Augenblick an Musikschulen. Wir haben eine gewaltige Präsenz an Orchestern in Deutschland, 60.000 Rockgruppen. Da ich selbst Schlagzeuger bin, weiß ich das. Wir haben neun Millionen Menschen, die singen. Wo fehlt die Vielfalt, wenn man die Theaterlandschaft, Ballett und alles andere mit dazu nimmt? Wo fehlt es an Vielfalt? Das würde ich gerne ganz konkret wissen. Die letzte Frage richtet sich an Olaf Zimmermann: Ist das System, das wir haben und das Vielfalt garantiert – von Bund, Ländern, Gemeinden und privat finanzierte Kultur –, ist dieses System ein System der Zukunft?

Die Vorsitzende: Jetzt bleiben genau sechseinhalb Minuten zum Antworten.

Dr. Norbert Sievers (Geschäftsführer Kulturpolitische Gesellschaft): Wir waren als Kulturpolitische Gesellschaft natürlich nicht glücklich über diese Polemik, ganz einfach deshalb, weil die Autoren eigentlich sinnvolle Überlegungen mit einer Polemik verbunden haben, was die Diskussion sehr

erschwert hat. Zunächst muss man aber sagen, dass die Autoren nicht gefordert haben, die Kulturförderung zu halbieren. Sie haben vielmehr gesagt: Lasst uns doch einmal vorstellen, wir halbieren die Kulturförderung und machen mit der anderen Hälfte etwas Neues. Das ist ein anderer Denkansatz. Und die Autoren haben viele Vorschläge gemacht, was sie sich darunter vorstellen. Dazu kann man unterschiedlicher Meinung sein.

Was war an der Kritik sinnvoll? Die Autoren haben in der Tat auf ein paar strukturelle Probleme aufmerksam gemacht, über die man sich Gedanken machen muss. Diese Probleme habe ich kurz in meinem Statement genannt, als da wäre, dass die Institutionen zu wenig Geld haben, um wirklich gute Arbeit machen zu können. Das stimmt für viele Einrichtungen. Sie haben auch darauf hingewiesen, dass in den Kulturetats zum Teil bis zu 95 Prozent der Mittel gebunden sind. Das habe ich ebenfalls erwähnt. Die Etats sind auf Dauer festgelegt, da kann man nicht mehr viel Neues machen. Auch das kann man nicht bestreiten, das ist eine sinnvolle Bemerkung, die Beobachtung gibt es nicht erst seit gestern, die gibt es schon seit langem. Man könnte die Beispiele weiterführen. Insofern haben wir uns als Kulturpolitische Gesellschaft mit der Diskussion zunächst schwergetan. Wir haben zu dem Buch aber eine Schrift veröffentlicht und uns sehr klar geäußert: Es gibt ein paar Punkte, über die man in Ruhe reden muss, aber die Polemik war nicht zielführend. Gerade auf kommunaler Ebene, das haben Sie angedeutet, gibt es eine problematische kulturpolitische Diskussion. Da werden diese Thesen für die Argumentation gern aufgegriffen. Man muss in der Tat aufpassen, dass man die Argumentation nicht den falschen Leuten an die Hand gibt. Aber es gibt auch manche sinnvolle Idee.

Die Vorsitzende: Frau Völckers, bitte.

Hortensia Völckers (Vorstand, Künstlerische Direktorin Kulturstiftung des Bundes): Es geht um die Frage der Fonds. Wir haben fünf Fonds, die wir aufgenommen haben, als die Stiftung gegründet wurde, und wir haben damals deren Fördersumme verdoppelt. Jetzt gibt es die berechtigte Frage: Wie kann die Fördersumme wachsen, wie kommen die Fonds zu mehr Geld? Die Fonds sind so eingegliedert, dass sie einen bestimmten Prozentsatz der Gesamtförderung, nämlich ein Siebtel, erhalten, damit Mittel für Projekte anderer Art bleiben. Damit die Fonds wachsen können – und selbstverständlich brauchen sie mehr Geld –, muss der gesamte Etat der Stiftung wachsen. Wir sind mit einem Etat von 38 Mio. Euro gestartet, im Moment beträgt die Summe 35 Mio. Euro. Unser Vorschlag, der von einem großen Teil der Fonds unterstützt wird, ist eine Aufstockung der Gesamtmittel der Stiftung, die dazu führen würde, dass auch bei den Fonds mehr Geld ankommt. Das ist es, was die Fonds brauchen.

Ich bin der Meinung, dass die Fonds sehr gute Arbeit machen. Aber das Problem der freien Szene, besonders im performativen Bereich, ist auf Bundesebene nicht zu lösen. Solange die Grundfinanzierung fehlt, sind die winzigen Projektbeiträge von Bundeseite keine wirklich zielführende Lösung. Insofern bleibt es immer bei einem Klecks, und man fühlt sich gut, wenn man etwas beiträgt zur unterfinanzierten freien Szene, weil die im Vergleich zu den Institutionen bei uns immer im Nachteil ist. Das ist die

Schattenseite dieses tollen Systems. Besser würde es nur mit einer Verpflichtung der Kommunen und der Länder, die sich zur freien Aktivität bekennen müssten. Da stoßen wir schnell auf das Thema „freiwillige Leistung Kultur“. Das ist eine sehr wichtige und komplizierte Angelegenheit. Wir können mit Projektförderungen diesem wichtigen und unbedingt notwendigen Teil der Kunstproduktion nicht ernsthaft helfen. Ich wünsche den Künstlerinnen und Künstlern der freien Szene, dass die Fördermittel verdoppelt, verdreifacht werden. Das ist überhaupt keine Frage. Nur müssen wir sehen, wie wir mit den Regularien, die wir in der Stiftung nun einmal haben, zurecht kommen.

Die Vorsitzende: Herr Höppner hat jetzt das Wort.

Christian Höppner (Generalsekretär Deutscher Musikrat e.V.): Lieber Herr Börnsen, ich wäre gründlich missverstanden, wenn ich gesagt hätte, wir hätten bei uns keine kulturelle Vielfalt. Wir haben einen ganz großen Reichtum an kultureller Vielfalt in Deutschland! Ich wollte vorhin nur ausdrücken, dass die Vielfalt überall dort gefährdet ist, wo Teilhabe nicht stattfinden kann. Wenn wir zum Beispiel im Musikschulbereich – und natürlich betrifft dieses Problem wieder die Kompetenz der Länder und Kommunen – über 100.000 Schülerinnen und Schüler auf den Wartelisten der öffentlichen Musikschulen haben – und das ist ein Zustand, der schon seit über zehn Jahren anhält –, dann sind das enttäuschte Bildungsbiografien, und dann wird an der Stelle ein Teil unserer kulturellen Vielfalt vorenthalten. Deshalb vorhin meine These: Ohne kulturelle Teilhabe werden wir unsere kulturelle Vielfalt nicht bewahren können, geschweige denn, weiterentwickeln können.

Was sich auf Bundesebene im Bereich der Kulturpolitik abgespielt hat, ist beispielgebend nicht nur im Hinblick auf die Steigerungsraten, sondern auch im Hinblick auf das Selbstverständnis einer Kulturpolitik, die sich als Teil einer Gesellschaftspolitik versteht. So habe ich auch den Ausschuss immer wahrgenommen. Insofern ist es wirklich mehr als bedauerlich, dass die Länder heute hier nicht vertreten sind. Dass die UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt in diesem rasanten Tempo ratifiziert wurde und inzwischen von über 120 Ländern ratifiziert worden ist, zeigt, wie dringend dieses Thema in einem globalisierten Umfeld ist, auch mit einer Konzentration auf die Wettbewerbsbedingungen. Wir haben im Bereich der Förderkriterien durchaus einen Wandel in der Philosophie hin zu mehr Wettbewerb. Dass diese Konvention so rasch ratifiziert wurde, ist ein Zeichen, wie dringend wir sie brauchen, um das, was wir an Reichtum haben, zu erhalten und weiterzuentwickeln. Das war der Appell. Dabei geht es, das möchte ich als Letztes noch unterstreichen, vor allem um die Stärkung der Orte kultureller Erstbegegnung. Wir haben zu wenig im Fokus, dass Kindertagesstätten, Schulen und Musikschulen die prägenden Orte sind, natürlich neben den Familien.

Die Vorsitzende: Wir haben noch 30 Sekunden für Herrn Zimmermann.

Olaf Zimmermann (Moderator des Kulturkonvents Sachsen-Anhalt, Geschäftsführer Deutscher Kulturrat e.V.): Herr Börnsen, Sie haben gefragt, ob unsere Strukturen kulturelle Vielfalt behindern oder nicht zulassen. Ich glaube, dass der Kulturföderalismus die ideale Voraussetzung für kulturelle Vielfalt ist.

Aber, wir haben seit vielen Jahren eine Veränderung zu verzeichnen. Seit 1998 treibt der Bund die Länder und die Kommunen an. Und das ist gut so! Dadurch wächst aber auch die Verantwortung des Bundes in diesen Bereichen permanent, während die Länder ihre Aufgaben in vielen Bereichen gar nicht so umfänglich wahrnehmen können, wie es notwendig wäre, um die Vielfalt zu erhalten – von den Kommunen gar nicht erst zu reden. Sie werden hier im Bund im nächsten Jahr den Etat erhöhen. In Sachsen-Anhalt wird der Kulturretat um knapp sieben Prozent abgesenkt. Das ist die Realität! Deswegen, glaube ich, wäre es kein Schaden, wenn im Sinne eines kooperativen Kulturföderalismus der Bund in bestimmten Bereichen größere Verantwortung übernimmt, zum Beispiel für die UNESCO-Welterbestätten, damit die Länder entlastet werden und dann auch weiterhin in andere Bereiche des Kultursektors investieren können. Dazu, die Mittel in andere Kulturbereiche zu investieren, müssten sie dann natürlich gezwungen werden.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Dann ist jetzt die SPD-Fraktion an der Reihe, acht Minuten stehen alles in allem zur Verfügung. Herr Ehrmann, bitte.

Abg. Siegmund Ehrmann (SPD): Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Herzlichen Dank für Ihre Impulse und die tollen Beispiele. Ich möchte ein paar Dinge zitieren: Herr Höppner hat das Stichwort „Verteilungsdiskussion“ genannt, die durch die Frage nach den Förderstrukturen nicht ausgelöst werden dürfe. Frau Völckers hat sinngemäß gesagt: Wir haben zwar alles, wir sind reich ausgestattet, aber wir arbeiten sehr viel nebeneinander her. Und Herr Zimmermann hat ein sehr schönes Beispiel aus der konkreten Praxis gebracht, das dann gleich in dem wohlbegründeten Zuschussantrag mündete: Bund, bitte zahlen! Herr Zimmermann hat in seinem letzten Beitrag deutlich gemacht, es geht um Umbau, zum Teil auch um Rückbau. Die Frage, die ich mir stelle: Wie wird so etwas inhaltlich verantwortlich gestaltet? Das scheint mir die Kernfrage zu sein, und ich fand den Beitrag von Herrn Sievers sehr prägnant, der Verfahren umschrieben hat, wie man so etwas machen könnte. Herr Höppner hat die Enquete-Kommission zitiert. Wir haben dort – Olaf Zimmermann war beteiligt – über den Governance-Ansatz und Kulturentwicklungsplanung gesprochen, also über eine Methode, wie man im Diskurs mit vielen, die in ihrer Verantwortung ernst genommen werden müssen – es geht nicht um eine einseitige staatliche Veranstaltung –, den Prozess gestalten kann.

Ich möchte ganz konkret die Frage an Herrn Höppner, an Frau Völckers, an Herrn Zimmermann in seiner Doppelfunktion und an die Praktiker, an Herrn Knoch und Herrn Dahmen, richten, ob sie sich vorstellen können, an so einem Prozess verantwortlich mitzuwirken. Denn natürlich ist eine Veränderung notwendig. Linke Tasche, rechte Tasche – das funktioniert so nicht. Natürlich geht es um den Kampf um eine bessere Etatisierung. Aber wir werden um die Frage, in welcher Diskussionskultur entsteht eine konzeptorientierte Kulturpolitik, nicht herumkommen (ich zitiere die Kulturpolitische Gesellschaft). Wie könnten diese Verfahren aussehen, und würden Sie diese Prozesse auch als zivilgesellschaftliche Akteure massiv unterstützen?

Die Vorsitzende: Als Erster Herr Höppner, bitte.

Christian Höppner (Generalsekretär Deutscher Musikrat e.V.): Auf jeden Fall, denn die Beteiligung an diesem Diskussionsprozess gehört zur Verantwortung, die natürlich auch die Zivilgesellschaft trägt. Wichtig wäre, dass wir die entsprechenden Plattformen dafür finden. Ich habe ja vorhin bereits die „Initiative kulturelle Vielfalt“ vorgeschlagen. Da könnte ich mir durchaus eine zivilgesellschaftliche Plattform vorstellen, die sich nicht mit dem – durchaus wichtigen – Klein-Klein, also der Frage, wie wir im Detail gestalten, sondern eher mit der Wertstellung von Bildung und Kultur in der Gesellschaft und dem Wert kultureller Vielfalt befasst und fragt, wie wir das Ziel umgesetzt bekommen. Zur Frage der konkreten Kooperation würde ich gern die Position stützen, die sagt: Die Zivilgesellschaft ist mit Meinungsbildung und mit Fachkompetenz dabei, Stichwort „Runder Tisch“. Aber die Zivilgesellschaft darf nicht in eine Verantwortung, die letztendlich zu Finanzierungsentscheidungen führt, geraten. Das wäre eine Überforderung.

Die Vorsitzende: Herr Zimmermann, bitte.

Olaf Zimmermann (Moderator des Kulturkonvents Sachsen-Anhalt, Geschäftsführer Deutscher Kulturrat e.V.): Herr Ehrmann, ich glaube, dass wir wirklich vor der entscheidenden Aufgabe stehen, die Frage zu beantworten, wie wir diesen Umbau organisiert bekommen und wer daran beteiligt wird.

Als ich gefragt wurde, ob ich die Moderation des Kulturkonvents in Sachsen-Anhalt übernehmen will – was ja ein wenig einer „Mission impossible“ gleicht und zumindest keine Veranstaltung verspricht, die nur Freude bereitet –, hatte ich die Idee, wenigstens einen kleinen Teil zur Antwort auf die Frage beizutragen, wie man den Diskurs praktisch organisieren kann, indem man Zivilgesellschaft, Staat, die unterschiedlichen Strukturen, Kirchen, das Parlament mit an einen Tisch holt. Das ist nicht einfach, aber ich sehe keine Alternative. Wenn wir vor solch einem großen Umbau wie in Sachsen-Anhalt stehen, dann müssen wir, glaube ich, die Bereitschaft haben, mitzudiskutieren. (Andere Länder stehen vor einem ähnlich großen Umbau, nicht nur Sachsen-Anhalt. Aber Sachsen-Anhalt hat für mich jetzt natürlich Priorität.)

Viele der Fragen, die im Zusammenhang mit der Diskussion über den „Kulturinfarkt“ gestellt worden sind, sind wichtige und richtige Fragen, die wir beantworten müssen. In Sachsen-Anhalt haben wir zum Beispiel einen großen Mühlstein um den Hals hängen. Es geht um die Frage, wie wir mit den großen, tollen Theatern umgehen, bei denen wir nicht mehr wissen, wie sie finanziert werden sollen. Dabei ist die Bewegung bei den Theatern nicht sehr ausgeprägt, uns dabei zu helfen, Wege zu finden, wie man diesen Umbau organisiert. Wir müssen diesen Umbau aber hinbekommen, und ich glaube, wir brauchen das, was jetzt in Sachsen-Anhalt gemacht wird, auch in vielen anderen Ländern. Wir brauchen so etwas auch auf der Ebene des Bundes, damit wir über diese Fragen nachdenken können. Also, ich würde mich sehr darüber freuen, wenn von diesem Ausschuss eine solche Initiative ausgehen würde. Der Deutsche Kulturrat, soweit man das als Geschäftsführer sagen kann, würde sich daran sehr gern beteiligen.

Die Vorsitzende: So, jetzt ist Herr Knoch an der Reihe.

Christophe Knoch (Sprecher der Koalition der Freien Szene Berlin/Micamoca project berlin e.V.):

Als Koalition der Freien Szene oder als Künstler, die hier in Berlin auf einem sehr lokalen Niveau arbeiten, merken wir, dass die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft – zum Beispiel mit der Industrie- und Handelskammer – sehr stark ist. Als Grundposition können wir sagen, dass die öffentliche Hand nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden darf. Gleichzeitig sehen wir, dass zum Beispiel in der Privatwirtschaft der Stellenwert von Kunst und Kultur für die Kreativwirtschaft und die Wirtschaftstreibenden hier in der Stadt verstärkt zur Kenntnis genommen wird. Insofern denke ich, dass es ein gutes Ziel wäre, die Zivilgesellschaft mehr zu stärken, nicht allerdings in dem Sinn, dass die öffentliche Hand aus ihrer Aufgabe entlassen wird.

Die Vorsitzende: So, jetzt fehlt noch Herr Dahmen.

Prof. Udo Dahmen (Künstlerischer Direktor und Geschäftsführer Popakademie Mannheim):

Ich glaube, dass wir zum einen die strukturelle Veränderung brauchen, was das Zusammenwirken der etablierten Institutionen mit staatlicher Förderung auf der einen, und der Zivilgesellschaft auf der anderen Seite angeht. Zum anderen ist es aber auch so, dass die Institutionen selbst sich verändern müssen und wir tiefgreifende Veränderungen über das hinaus brauchen, was jetzt zum Beispiel an Musikvermittlung in Theatern oder Opern stattfindet. Derzeit finden da vor allen Dingen kosmetische Maßnahmen statt, um weiterarbeiten zu können. Ich glaube, wir brauchen ganz klare strukturelle Veränderungen, die konsensual zwischen allen Beteiligten in der Kommune, im Land und im Bund stattfinden müssen. Deswegen ist auch der Runde Tisch so wichtig.

Ich will Ihnen zwei Beispiele nennen. In Mannheim ist ein Bürgertheater eingerichtet worden, das in Zusammenarbeit mit dem dortigen Nationaltheater entsteht und auch aus dessen Mitteln. Das ist ein sehr guter Schritt, weil dort Bürgerbeteiligung aus der Institution selbst heraus verstärkt wird. Ein anderes Beispiel ist die Popakademie. Wir sind nicht nur Ausbildungsinstitut auf universitärer Ebene, sondern wir betreiben verschiedene Weiterbildungsprogramme für Multiplikatoren. Wir betreiben gleichzeitig ein großes Programm für Schüler. Damit erreichen wir ständig ungefähr 2.000 Schüler, das war von Anfang an Teil des Konzepts dieser Institution. Ich glaube, wir brauchen Umbauten in den Institutionen in diese Richtung unter Einbeziehung der freien Gruppen, und wir brauchen Plattformen. Denn auch den freien Gruppen fehlen Plattformen, auf denen gespielt und gearbeitet werden kann, in deren Rahmen auch Mittel zur Verfügung stehen. Es darf kein Verdrängungswettbewerb der freien Gruppen gegen die etablierte Kultur stattfinden, sondern wir brauchen einen konsensualen Zusammenhang unter immer stärkerer Berücksichtigung der freien Gruppen. Und da spielen die Fonds natürlich eine große Rolle, auch die brauchen wir auf wesentlich breiterer Ebene.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Dann hat jetzt Herr Deutschmann das Wort und sechs Minuten Zeit.

Abg. Reiner Deutschmann (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Und Ihnen, den Sachverständigen, vielen Dank für Ihr Kommen und vor allen Dingen für die Arbeit, die Sie leisten. Wir sind ja mit vielen von Ihnen in ständigem Kontakt, was für uns sehr wichtig ist, um die Problemlagen möglichst schnell zu erfassen und möglichst schnell reagieren zu können, soweit der Bund zuständig ist. Das haben wir heute ja schon an verschiedenen Stellen betont.

Das Buch „Kulturinfarkt“ will ich nur ganz kurz streifen. Sie haben gesagt, dass darin eine ganze Reihe von diskussionswürdigen Ansätzen genannt sind. Aber ich sehe trotzdem eine große Gefahr in dem Buch, weil es bewirkt, dass gerade die Leute im kommunalen Bereich es sehr schnell als Handreichung nehmen und sagen: Hier steht drin, dass wir kürzen können, also ist der Rotstift angebracht. Das ist, denke ich, die Gefahr dieser Polemik.

Meine erste Frage geht an Olaf Zimmermann. Vielen Dank schon einmal für das erste Feedback, was die Bestandsaufnahme des Kulturkonvents in Sachsen-Anhalt betrifft. Du hast in einem Interview gesagt, dass es um eine Neustrukturierung geht, dass es um das Verhältnis geht von Stadt und Land und die Mitfinanzierung der Infrastruktur von kleineren Kommunen oder in größeren Städten. Die Frage der demografischen Entwicklung und Kürzungen im Finanzbereich spielen eine Rolle. Vieles davon läuft in die Richtung dessen, was wir in Sachsen schon vor vielen Jahren gemacht haben. In Sachsen gibt es das Kulturraumgesetz, in dem das Solidarprinzip enthalten ist. Ist das ein Ansatz, der in Sachsen-Anhalt ebenfalls eine Rolle spielen könnte?

Du hast auch gesagt, wenn ein vernünftiges Ergebnis erzielt werde, trage das möglichst mittel- und langfristig. Wie kannst du dir das vorstellen? Du hast in deinem Statement oft auf den Bund abgezielt. Ist das der Hintergrund, oder siehst du auch Veränderungen in der Struktur, die im Land selbst passieren müssten.

Die Vorsitzende: Herr Zimmermann, bitte.

Olaf Zimmermann (Moderator des Kulturkonvents Sachsen-Anhalt, Geschäftsführer Deutscher Kulturrat e.V.): Um das gleich zu sagen: Die Hauptaufgabe in Sachsen-Anhalt muss selbstverständlich von den Kommunen und vom Land erledigt werden, muss selbstverständlich von denen erledigt werden, die dort leben und arbeiten. Das heißt, wenn ich hier so viel über den Bund rede, dann natürlich deshalb, weil ich jetzt beim Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages bin. Sachsen-Anhalt steht vor der Frage, ob es sich die kulturelle Infrastruktur in dieser Form in der Zukunft leisten können. Es geht um eine sehr ausdifferenzierte Infrastruktur, und diese Infrastruktur gibt es nicht nur in den drei größeren Städten – Magdeburg, Halle und Dessau –, sondern auch auf dem Land. Es ist sehr wichtig, dass es diese Infrastruktur auch weiterhin dauerhaft in den ländlichen Regionen gibt. Denn wie will ich dieses Land spannend und aufregend für die Menschen halten, damit sie bleiben und nicht noch mehr Menschen wegziehen, wenn ich kulturelle Infrastruktur abbaue? Und trotzdem muss und wird der Konvent darüber entscheiden, ob es möglich ist, alle kulturellen Infrastrukturen im Land langfristig so zu

behalten. Wir sollen ja bis zum Jahr 2025 denken, also über einen ganz schön langen Zeitraum. Ist es möglich, die Infrastruktur zu halten, oder müssen wir nicht bestimmte Angebote auf Zentren konzentrieren? Damit meine ich nicht nur die drei großen Städte, sondern auch Orte wie zum Beispiel Stendal und Halberstadt. Es stellt sich automatisch die Frage, wie man das finanziert, wenn aus den Umlandgemeinden die Kulturnutzung in diese Hauptgemeinden wandert.

Das sächsische Kulturraumgesetz ist für mich eine wichtige Blaupause. Aber das Kulturraumgesetz in Sachsen lässt die großen Städte außen vor, also Leipzig und Dresden. Deshalb kann man das Gesetz nicht eins zu eins übernehmen. Denn, damit so etwas in Sachsen-Anhalt funktionieren kann, müssen gerade die großen Städte einbezogen werden. Das wäre eine große strukturelle Veränderung, Magdeburg, Halle und Dessau müssen mit aufgenommen werden. Aber ohne eine Vereinbarung, die die Solidarität strukturiert und festlegt und es nicht bei Freiwilligkeit belässt, wird man die Kulturfinanzierung in dem Land nicht auf Dauer in dieser Größenordnung aufrechterhalten können. Wir alle wollen, dass sie aufrechterhalten wird. Deswegen wird es auch eine der Aufgaben des Konvents sein, darüber in Kürze zu entscheiden und zu sagen: Wollen wir dem Landtag die Empfehlung mitgeben, schaut euch diese Sache in Sachsen an, adaptiert sie, ihr müsst sie aber umbauen, denn so wie sie dort realisiert ist, könnt ihr sie sicher nicht übernehmen, sie muss an die speziellen Bedingungen in Sachsen-Anhalt angepasst werden. Aber, ich glaube, dass das Kulturraumgesetz ein spannender Ansatz ist, um überhaupt eine Lösung zu finden.

Abg. Reiner Deutschmann (FDP): Nur eine Anmerkung: Im Kulturraumgesetz des Landes Sachsen berücksichtigt man auch die großen Städte. Einbezogen sind drei urbane und sieben ländliche Zentren. Das heißt, sie werden unterschieden. Aber es gibt zehn Kulturräume, in denen auch die Großstädte enthalten sind.

Olaf Zimmermann (Moderator des Kulturkonvents Sachsen-Anhalt, Geschäftsführer Deutscher Kulturrat e.V.): Das Problem bei Leipzig und Dresden ist aber, dass das Umland deren Kulturangebot nicht mitfinanzieren muss, dort gibt es eigene Regeln. Damit das aber in Sachsen-Anhalt funktionieren kann, müssten Magdeburg und Halle durch das Umland finanziert werden können, weshalb man dort eine Veränderung gegenüber Sachsen vornehmen müsste. Ansonsten ist das ja eine wichtige und auch positive Anregung. Ich glaube, dass es notwendig ist, in Sachsen-Anhalt so etwas wie Kulturräume zu schaffen, die stärker miteinander zusammenarbeiten. Selbst wenn man es nicht schaffen sollte, in Sachsen-Anhalt so etwas wie ein Kulturraumgesetz zu installieren, müsste es zumindest möglich sein, Kulturräume zu identifizieren, die untereinander einen stärkeren Austausch von kultureller Infrastruktur vornehmen. Das heißt, dass es eben nicht in jedem Ort ein Museum geben muss oder in jedem größeren Ort ein Theater, sondern dass stärker Formen von Kooperation organisiert werden können.

Die Vorsitzende: So, dann hat jetzt die Linksfraktion das Wort. Frau Abg. Senger-Schäfer, bitte. Es stehen Ihnen vier Minuten zur Verfügung.

Abg. Kathrin Senger-Schäfer (DIE LINKE.): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich habe eine Frage an Herrn Knoch und Herrn Prof. Dahmen. Herr Höppner hat ja vorhin dankenswerterweise auf die Studie der Gewerkschaft ver.di. hingewiesen, die die prekäre Beschäftigungssituation an den Musikschulen und die Situation der dortigen Lehrkräfte untersucht hat. Ich würde das gern etwas ausweiten und sagen, dass alle einschlägigen Studien diese prekäre Situation von freiberuflich tätigen Künstlerinnen und Künstlern belegen. Es ist also doch so, dass ganz offensichtlich zu wenig sowohl von den öffentlichen Fördermitteln als auch von den Umsätzen der Kultur- und Kreativwirtschaft bei den Kreativen ankommt. Meine Frage an Sie generell: Wie kann das geändert werden? Und an Sie noch einmal, Herr Knoch: Im Forderungskatalog der Koalition der Freien Szene, „Zehn Punkte für eine neue Förderpolitik“, steht unter Punkt vier die Forderung nach der Einführung einer Honoraruntergrenze für öffentlich geförderte freie Künstler. Ich hätte jetzt gern die Frage beantwortet, wie eine solche Honoraruntergrenze festgelegt werden soll und welche Wirkungen Sie sich davon versprechen. Halten Sie eine solche Untergrenze auch für den privaten Bereich für nötig?

Die Vorsitzende: Zuerst Herr Knoch, bitte.

Christophe Knoch (Sprecher der Koalition der Freien Szene Berlin/Micamoca project berlin e.V.): Vielen Dank für die Fragen. Die Honoraruntergrenze basiert auf Berechnungen, die vom Landesverband freie Theaterschaffende Berlin e.V. gemacht wurden zusammen mit dem TanzRaumBerlin, wo man sich ein bisschen angeschaut hat, wie es mit einem Mindesthonorar im öffentlich geförderten Bereich aussehen könnte. Da sind die Stadttheater, da gibt es den NV (Normalvertrag) Bühne und da werden für einen künstlerisch Tätigen an einem Stadttheater zirka 1.650 Euro als Einstiegsgehalt bezahlt. Daran orientiert hat der Landesverband freier Theaterschaffender die 2.000-Euro-Grenze in etwa als Arbeitgeber-Brutto errechnet, die als Mindesthonorar für ein öffentlich gefördertes Kunstprojekt angesetzt werden sollte. Die Idee ist, wenn ein Projekt mit öffentlichen Geldern gefördert wird, dann soll den dort beschäftigten Künstlern in etwa dieses Mindesthonorar bezahlt werden, damit man nicht auf die Sätze kommt, die Ihnen allen ja offensichtlich sehr bekannt sind, dass Künstler sonst für etwa drei Euro oder weniger pro Stunde arbeiten.

Eine andere Möglichkeit, arbeiten zu können, könnten so etwas wie Ankerpositionen oder Ankerinstitutionen bieten. Wir haben das immer wieder angesprochen. Es geht darum, Orte zu schaffen, an denen eine künstlerische Arbeit stattfindet, die in sich so ausgestattet sind, dass die freie Szene dort arbeiten kann. Das Problem ist – wir haben das eben von Herrn Prof. Dahmen gehört –, dass es kaum solche Orte gibt. Es gibt natürlich die Stadttheater, es gibt die Museen, aber es gibt kaum Orte, an denen freie Kunst stattfinden kann. In Deutschland gibt es jedenfalls relativ wenige dieser Art, das Hebbel-am-Ufer (HAU) hier in Berlin wäre solch ein Haus oder der Mousonturm in Frankfurt am Main. Aber diese Orte, wo diese freie Kunst stattfinden kann, die gibt es eben relativ selten. Das wäre eine Möglichkeit, tätig zu werden, das ist oft einfach eine Frage der Liegenschaft. Und der Bund hat Liegenschaften. Wenn er die zur Verfügung stellen würde oder diese Liegenschaften auch nur in Form einer Zwischennutzung genutzt werden könnten, wäre das bereits eine solche Möglichkeit. Danke.

Die Vorsitzende: Herr Dahmen, bitte.

Prof. Udo Dahmen (Künstlerischer Direktor und Geschäftsführer Popakademie Mannheim): Es gibt für mich zwei Ansatzmöglichkeiten. Der eine ist der, dass wir für den Künstler als Kleinunternehmer – ich will ganz bewusst den wirtschaftlichen Aspekt ansprechen – Anschubfinanzierungen und Modelle brauchen, die in einem ersten Schritt wirken. Das ist ein anderes Modell, als einen Mindestlohn oder eine Mindestvergütung zu garantieren. Das halte ich zwar auch für sinnvoll, aber die meisten Künstler sind Freiberufler, bei denen freies Schaffen als Kleinunternehmer eine große Rolle spielt. Wenngleich sich viele nicht als Kleinunternehmer definieren, wäre es gleichwohl eine Möglichkeit, an diesem Punkt anzusetzen. Wir reden hier zum Teil über Mikrokredite, die vielleicht bis 10.000 Euro reichen, die aber sehr dabei helfen könnten, einen ersten Schritt zu tun. Bei den Künstlern selbst gehört dazu, dass bei ihnen ein gewisses Bewusstsein dafür entsteht, wie sie sich selbst in ihrem Businessplan, den sie für einen Kredit brauchen, darstellen können. Auf der anderen Seite brauchen wir Kreditinstitute, die bereit sind, diese Risiken zu tragen, die übrigens tatsächlich kleiner sind, als viele glauben, weil Künstler effektiv arbeiten können.

Der zweite Punkt: Ich kenne es aus den skandinavischen Ländern, dass dort die Möglichkeit für Künstler besteht, an allgemeinbildenden Schulen zu arbeiten. Das ist oft ein sehr gutes zweites Standbein und passt zu der Qualität und Qualifikation, die sie als Künstler sowieso haben. Hinzu kommt eine zusätzliche einfache methodische Qualifikation. Die Künstler können dort am Ende zumindest ihre Miete, ihr Auto und die Grundbedürfnisse bezahlen. Gleichzeitig entsteht ein Effekt für die kulturelle Bildung in unseren Schulen, speziell in den Ganztagschulen, die ja das zukünftige Modell sein werden, in dem die Künstler dann arbeiten könnten. Das setzt voraus, dass in den künstlerischen Studiengängen ein gewisser Platz für pädagogische Qualifikationen eingeräumt wird. Das setzt ein anderes Denken voraus, als wir es bisher haben. Aber ich halte das für sehr sinnvoll.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. So, dann hat jetzt Frau Abg. Krumwiede von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Abg. Agnes Krumwiede (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin sehr froh, und Frau Völckers hat es vorhin auf den Punkt gebracht, dass wir hier keine Diskussion führen, in der die freie Szene gegen die Institutionen ausgespielt wird. Eigentlich besteht kein Widerspruch: Ohne die Institutionen gibt es keine freie Szene. Das, worauf es unserer Ansicht nach ankommt, und das hat Frau Völckers auch klar gemacht, ist eine stärkere Öffnung der Institutionen. Dazu passt auch, was Herr Knoch zu den Aufführungsstätten gesagt hat. Auch ein Opernhaus ist eine Aufführungsstätte. Die Institutionen müssen ihre Räume für andere Sparten öffnen, damit wir nicht bei einer exklusiven Ausrichtung bleiben.

Ein wesentlicher Kritikpunkt von uns Bündnisgrünen an der Förderpraxis des Bundes betrifft die Förderung mit der Begründung der gesamtstaatlichen Bedeutung. Hier sind die Kriterien einfach nicht klar und transparent. Es entscheidet auch kein Expertengremium in den einzelnen Sparten – außer

vielleicht im Denkmalschutz – darüber, wer eine Förderung und wer keine erhält. Von gesamtstaatlicher Bedeutung sollte ja eigentlich die Einrichtung sein, an der die meisten partizipieren können. Das sind nach meiner Ansicht zum Beispiel die Musikschulen, aber da steht dann wieder das Kooperationsverbot im Weg. Deshalb richtet sich eine unserer Fragen an Frau Völckers: Wie könnten Förderkriterien für eine gesamtstaatliche Bedeutung künftig ausgerichtet sein? Was halten Sie davon, wenn man zumindest die Rahmenbedingungen für eine Förderung festlegt, wie zum Beispiel Mindesthonorare und eine Frauenquote? Was halten Sie von dieser Idee? Eine weitere Frage geht an Herrn Dahmen von der Popakademie. Es wurden schon viele Dinge angesprochen. Wir Bündnisgrünen haben aktuell in den Haushaltsverhandlungen einen Fonds „Neue Musik“ gefordert. Da würde mich interessieren, was Ihnen hier wichtig wäre. Welche Kriterien sollten bei der Vergabe berücksichtigt werden? Auch wir nehmen das starke Ungleichgewicht zwischen der hohen Förderung des musikalischen Erbes und eben der geringen Förderung der neuen, zeitgenössischen Musik wahr. Dann wollte ich Sie fragen, auch weil Sie Skandinavien als Beispiel angeführt haben: Glauben Sie, dass wir Defizite haben, was die Förderung von Tourneen von Nachwuchsbands betrifft? Was könnte man dagegen unternehmen?

Ich möchte auch Herrn Knoch eine Frage stellen: Es ist jetzt groß in der Diskussion, gerade mit Blick auf die Soziokultur, dass die Einwerbung von Drittmitteln professionalisiert werden sollte. Gibt es von Ihrer Seite nicht auch die Sorge, wenn man zu stark auf Drittmittel setzt, dass sich die öffentliche Hand dann ganz von der Soziokultur und der freien Szene zurückzieht? Daran will ich noch eine Frage zu den Honoraruntergrenzen anhängen. Ich war sehr verwundert, als ich das Stichwort in Ihrem Forderungskatalog gelesen habe. Denn der größte Widerstand gegen diese Forderung, die auch eine Forderung der Bündnisgrünen ist, kommt üblicherweise aus der freien Szene, weil gesagt wird: Dann können wir uns unsere Inszenierungen gar nicht mehr leisten. Danke.

Die Vorsitzende: Jetzt bleibt nur eine Minute zur Antwort verteilt auf Frau Völckers, Herrn Knoch und Herrn Prof. Dahmen. Oder Sie nehmen mehr Zeit in Anspruch und sind dann in der zweiten Runde nicht mehr mit dabei. Also, alle drei antworten und die nächste Runde wird ohne die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN absolviert. Herr Professor Dahmen, bitteschön.

Prof. Udo Dahmen (Künstlerischer Direktor und Geschäftsführer Popakademie Mannheim): Sie haben zwei Punkte angesprochen: einen Fonds „Neue Musik“ und die Förderkriterien. Natürlich steht immer ein künstlerisches Qualitätskriterium im Vordergrund. Ich kann jetzt nicht ein Detail ausführen, was das bedeuten würde. Für die populäre Musik gelten da natürlich durchaus volatile Werte, denn in einem Jahr sind die Dinge anders zu betrachten als im nächsten. (Solche Schwankungen betreffen nicht den klassischen Rock'n Roll. Da ist die Lage relativ klar.) Es ist immer eine gewisse Marktrelevanz und eine gewisse gesamtgesellschaftliche Bedeutung gefragt. So würde ich im Moment die wesentlichen Kriterien beschreiben.

Was Nachwuchsbands und die Unterstützung von Tourneen betrifft, haben wir mit der „Initiative Musik“ ein Förderinstrument, das diese Unterstützung in einem gewissen Umfang bereits betreibt. Es gibt aber

nach wie vor die Notwendigkeit, in größerem Maße Bands zu unterstützen, die entweder am Anfang ihrer Karriere sind oder in speziellen Segmenten auftreten. Ich greife einmal als Beispiel das sogenannte Alternativ- oder Independent-Segment auf, wo – ähnlich wie im Jazz – Bands agieren, die eben nicht das ganz große Publikum finden, aber oft von hoher künstlerischer Qualität sind. Für diese Gruppen brauchen wir sowohl für die Produktion als auch für die Tourneen Unterstützung. Das führt zum nächsten Punkt, zum Thema Spielstättenförderung. Den Punkt will ich nicht vertiefen, aber die Bands müssen ja irgendwo spielen können, und viele Spielstätten verfügen heute einfach nicht mehr über die finanziellen Mittel.

Die Vorsitzende: Herr Knoch, bitte.

Christophe Knoch (Sprecher der Koalition der Freien Szene Berlin/Micamoca project berlin e.V.):

Das waren viele Fragen, ich versuche, kurz zu antworten. Ein grundsätzliches Problem ist natürlich die Ökonomisierung der Kunst. Es ist sehr schwierig, den einzelnen Künstler die ganze Zeit mit seiner eigenen Ökonomisierung zu beschäftigen. Künstler sind keine Unternehmer und es wäre quatsch zu verlangen, dass ein Künstler Unternehmer werden soll. Auch wenn er selbstverständlich wirtschaftlichen Sachverstand haben sollte, ist er zunächst Künstler und kein Unternehmer, genauso, wie ein Unternehmer nicht zum Künstler gemacht werden sollte. Es sollte jeder bei seinem Leisten bleiben und da gut sein, wo er gut ist. Deswegen ist das Ziel und lautet die Forderung, eine Ankerinstitution, eine Spielstätte zu schaffen, die interdisziplinär ausgerichtet ist, wo Musik, Kunst, bildende Kunst, verschiedene Formen der Künste gleichzeitig stattfinden können. Wir brauchen eine Ankerposition, die ausgestattet ist, um Ausstellungen, Konzerte und Tanzvorstellungen zu beherbergen, die Freiräume bietet, damit Kunst praktiziert werden und sich entwickeln kann, auch als Voraussetzung für weitere wirtschaftliche Entwicklung.

Die Frage der Honoraruntergrenze ist natürlich ein Riesenproblem. Wenn es Förderbeträge gibt und man gleichzeitig sagt, dass öffentlich geförderte Kunst immer Honoraruntergrenzen einhalten muss, dann hat das zur Folge, dass schnell weniger gefördert wird, weil mehr Geld in die einzelnen Projekte fließt. Deshalb ist mit der Honoraruntergrenze immer die Forderung nach einer gleichzeitigen Erhöhung der Budgets verbunden, damit deswegen nicht weniger Projekte gefördert werden können. Aber wir müssen uns auch den Widerspruch vorstellen, in dem wir hier leben. In Berlin kann kein öffentlich Beschäftigter mehr unterhalb eines bestimmten Mindestlohns engagiert werden. Das ist gesetzlich so geregelt. Aber für die Menschen, die hier in Berlin oder in ganz Deutschland Kunst machen, gibt es diese Regelung nicht. Darauf ist unsere Forderung gerichtet. Bei den Menschen, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind oder die mit öffentlichem Geld bezahlt werden, wird ja sonst auch nicht gefragt: Wie können wir uns dann Wachdienste oder Putzdienste leisten? Sondern in diesen Fällen wird das Geld selbstverständlich zur Verfügung gestellt. Nur bei der freiwilligen Aufgabe „Kunst“ sagt man: Dann gibt es eben weniger Projekte. Das ist ein ziemlicher Widerspruch.

Hortensia Völckers (Vorstand, Künstlerische Direktorin Kulturstiftung des Bundes): Zum Thema

Quote: Natürlich bin ich dafür, dass mehr Frauen an die Macht kommen, das ist ja ganz klar. Deshalb finde ich, dass man in Museen und Institutionen genau darauf achten muss, auch mit Hilfe von Quoten Frauen in die wichtigen Positionen zu bringen, weil diese Frauen dann dafür sorgen, dass bei der Auswahl von Projekten mehr Frauen vertreten sind. Davon, in unsere Arbeit bei der Auswahl von Einzelprojekten eine Frauenquote zu installieren, bin ich noch nicht restlos überzeugt. Obwohl wir nicht mit Quoten arbeiten, werden bei uns Frauen schon überdurchschnittlich gefördert.

Natürlich ist eine einzelne Gruppe aus der freien Szene einer Kleinstadt für sich gesehen nicht von nationaler oder gesamtstaatlicher Bedeutung. Der Bund kann die Förderung der freien Szene immer nur in ein Thema subsumieren. Wir haben das gerade bei den Mitteln gesehen, die von Seiten des Bundesministeriums für Bildung und Forschung geflossen sind. Es ist ganz prima, dass Geld für kulturelle Bildung ausgegeben wird. Aber für Qualität zu garantieren bei dem, was unten ankommt und was da wirklich gemacht wird, also eine Qualitätssicherung zu gewährleisten, das ist ein schwieriger Mechanismus, mit dem wir uns plagen. Man braucht ein, zwei Jahre Vorbereitungszeit, bis man die Partner vor Ort hat, die das Programm dann auch wirklich kontrollieren und begleiten können und selber ihren inhaltlichen Bedarf anmelden und definieren.

Vielleicht zuletzt noch eines. Herr Zimmermann hat das Problem schon angesprochen: Es gibt Regionen, es gibt Städte, es gibt Länder, in denen bestimmte Institutionen, zum Beispiel Theater, geschlossen werden müssen, weil es zu viele davon gibt oder dort nicht genügend Menschen leben. Oder man überlegt sich, ob man mit diesen Häusern etwas anderes macht und daraus Pilotprojekte macht. Ich kenne Fälle aus fast jedem Bundesland, wo man sagen würde: Mit dem Haus hadern wir gerade, hier würden wir gern ein Alternativmodell anbieten. Es wäre sehr interessant – und ich spreche da gewissermaßen zu mir selbst –, wie man für die nächsten Jahre mit solchen Institutionen umgeht, ohne ein Sakrileg zu begehen. Das ist das Problem, dass der Bühnenverein dann sagt: Das darf man nicht machen, um Himmels Willen, fasst uns das Theater nicht an, das geht nicht, dann bricht alles zusammen! Wie können wir mit einzelnen Ankerpunkten und Institutionen so etwas ausprobieren? Im ganz Kleinen machen wir schon so etwas. Das Programm heißt „Doppelpass“. Da kann die freie Szene über drei Jahre mit Stadttheatern kooperieren. Sie kann die sehr viel komfortablere Ausstattung nutzen und sehen, wie man so miteinander und auf gleicher Augenhöhe zurechtkommt. Also, wir müssen ein paar Orte herausgreifen, um auszuprobieren, wie diese Orte anders funktionieren können, und gleichzeitig im Auge behalten, dass uns nicht die ganze Landschaft zusammenklappt, weil jeder Kulturpolitiker oder Oberbürgermeister oder Kämmerer sagt: Oh, guck mal, das geht auch. Also, weg damit! Das ist im Moment der Status quo. Keiner bewegt sich, weil jeder Angst hat, die Institutionen kommen uns abhandeln. Das ist eine sehr schwierige Situation. Wir brauchen einen kleinen Kulturbruch, für mehr, nicht für weniger. Dankeschön.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Dann kommen wir zur zweiten Runde. Es beginnt Abg. Christoph Poland.

Abg. Christoph Poland (CDU/CSU): Erst einmal vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben, hier zu sein. Wir hatten schon mehrfach Kontakt, um über verschiedene Musikförderungen zu sprechen. Ich möchte nicht noch einmal zusammenfassen, was wir schon darüber gehört haben, was gefördert wird, wie gefördert wird und wodurch wir erfahren, wie es Künstlern geht. Ich denke, dass wir heute schon durch die Künstlersozialversicherung genauer über die Situation von Künstlern Bescheid wissen und wissen, wie viel Einnahmen Künstlern zur Verfügung stehen. Wenn wir bei den 11.000 Euro bleiben, die vorhin schon genannt wurden, dann ist das natürlich erbärmlich. Aus dieser Situation heraus, denke ich die ganze Zeit darüber nach: Was muss man tun?

Herr Knoch hat von der Marktrelevanz gesprochen, Herr Dahmen vorhin auch. Wir haben zunehmend das Problem, dass selbst große Orchester nicht mehr regelmäßig neue Musik spielen, weil die nicht so gefragt ist. Ich kann mich an Musikreihen und Sinfoniekonzerte in Mecklenburg-Vorpommern erinnern, bei denen wir eine Art Diskussionskonzerte veranstaltet und mit dem Publikum über neue Musik diskutiert haben. Da wurde in jedem Sinfoniekonzert ein Komponist vorgestellt. Das war spannend, das kann ich Ihnen sagen! Daraus ist bei mir die Idee der Spielstättenförderung entstanden. Wir müssen Orchester fördern und Spielstätten fördern, damit sie den Mut haben, etwas aufzuführen und Künstler zu engagieren, die nicht unbedingt so gefragt sind. Was denken Sie, was ich als Musikveranstalter mache? Wenn ich Free Jazz bestelle, dann weiß ich von vornherein, den Einsatz muss ich beim nächsten Konzert wieder reinholen. Neue Musik ist in einem ländlichen Raum nicht so der Renner. Aber für mich schon. Wenn man berühmte Größen wie Konrad Bauer bestellt und es kommen trotzdem nur 80 Leute, dann ist das eben so. Aber das macht man trotzdem, weil man selbst die Musik liebt.

Nun habe ich mich seit Anfang 2010 öfter mit Herrn Ehrmann zusammengesetzt und über die Spielstättenförderung im Jazz nachgedacht. Die war ja in der vorhergehenden Legislaturperiode schon im Gespräch, aber es hat einfach noch nicht funktioniert. Ich denke, dass wir die Spielstättenförderung für den Jazz brauchen und möchte die Idee jetzt noch einmal ins Rennen werfen. Wir haben nämlich in der letzten Zeit auch sehr häufig darüber gesprochen, wer das denn machen kann. Über welche Institution kann so etwas laufen? Die Bundeskulturstiftung fällt aus, die kann keine Spielstättenpreise vergeben. Wir denken an die „Initiative Musik“, die das vielleicht übernehmen müsste. Herr Höppner, meine Frage an Sie: Können Sie sich vorstellen, dass die „Initiative Musik“ das leisten kann? Anschließend müssen wir natürlich noch überlegen, wer leistet das gleiche für die Orchester in punkto Komponistenförderung neue Musik.

Die Vorsitzende: Herr Höppner, bitte.

Christian Höppner (Generalsekretär Deutscher Musikrat e.V.): Die „Initiative Musik“ hat inzwischen so viel Know-how angesammelt, dass ich denke, das wäre ein guter Ort, auch die Frage der Spielstättenförderung dort zu verorten. Vorausgesetzt, sie wird entsprechend ausgestattet, diese Arbeit leisten zu können. Das ist ganz klar.

Zu dem Zweiten Punkt „neue Musik und Orchester“ gibt es eigentlich zwei Bemerkungen: Wir haben schon etliche Stellschrauben in der Förderung, da müsste noch ein bisschen mehr Fleisch in den Topf, damit wir, zumindest auf Regionen bezogen, wirklich nachhaltig fördern können. Aber da passiert schon eine Menge Gutes. Ich merke immer wieder, wenn die Begeisterung für das Thema da ist – und da sind die Orchester natürlich an erster Stelle zu nennen –, dann gibt es auch viele Möglichkeiten. Nichts ist schlimmer, als wenn sich ein Orchestermusiker pädagogisiert fühlt oder überrollt fühlt unter dem Motto, ich muss das jetzt machen. Wir sehen das an vielerlei Stellen (Stichwort „Education-Programm“ der Berliner Philharmoniker.) Ein Programm steht und fällt mit der Begeisterung der Musiker für dieses Thema. Das ist die erste Voraussetzung, diese Begeisterung zu wecken und zu begleiten durch entsprechende Förderstrukturen im Orchesterbereich. Dann kann man wunderbare Ergebnisse erzielen.

Ich will einen letzten Stichpunkt geben: Stichwort „Kooperation mit der freien Szene“. Wir haben viele Spielstätten zur Verfügung. Darüber in dem Sinne zu reden, wie es Frau Völckers angeregt hat, wäre durchaus wünschenswert. Die kleine Kultur der Orte auszuprobieren, ohne gleich einen Tsunami auszulösen, die Zielsetzung dann aber auch versuchsweise in den Förderkriterien festzuschreiben: Wir haben schon das Thema kulturelle Bildung mit drin, meine Anregung war, auch die UNESCO-Konvention zu nutzen, um sie nach Förderkriterien abzutasten, und wir sollten die Kooperation mit der freien Szene hineinschreiben. Denn wir haben noch Kapazitäten zur Verfügung, die man wunderbar in der Kooperation mit der freien Szene nutzen könnte.

Abg. Christoph Poland (CDU/CSU): Zum Stichwort „Kooperation mit der freien Szene“: Sie müssen sich natürlich vorstellen, was im ländlichen Raum passiert, wenn Sie es zulassen, dass dort eine Einrichtung der Hochkultur abgewickelt wird. Bei uns in Mecklenburg-Vorpommern ist häufig im Gespräch, für die Theater neue Strukturen zu schaffen. Wenn Sie dann für einen ländlichen Raum eine Kooperation mit einer freien Szene fordern, dann ist kaum freie Szene da. Das ist sehr großstädtisch gedacht und wird im ländlichen Raum schwierig. Deswegen muss man dort versuchen, das zu erhalten, was da ist. Wir könnten ansonsten nur freie Szene aus der Großstadt dahin transportieren. Aber das ist, glaube ich, nicht sehr sinnvoll.

Hortensia Völckers (Vorstand, Künstlerische Direktorin Kulturstiftung des Bundes): Ich empfinde diese Bemerkung nicht als Frage, sondern als sehr kluges Statement. Insofern ist da nichts mehr hinzuzufügen.

Die Vorsitzende: Jetzt bitte Herr Börnsen.

Abg. Wolfgang Börnsen (CDU/CSU): Frau Völckers, es läuft diese Initiative von Seiten des Bildungs- und Wissenschaftsministeriums: „Kultur macht stark!“ Ist das nach Ihrer Auffassung ein gutes Beispiel dafür, wie man eine Art Kooperation im Rahmen der Kulturförderung organisieren kann?

Hortensia Völckers (Vorstand, Künstlerische Direktorin Kulturstiftung des Bundes): Ja, die Initiative ist wichtig und interessant. Trotzdem gibt es meinerseits Kritik. Das liegt einfach an der Problematik der Machart. Die Bewerbungsfrist ist zu kurz, und das Geld ist auf fünf Jahre vergeben. Dadurch kann man im Detail natürlich nicht wirklich richtig arbeiten. Man braucht eineinhalb Jahre Vorbereitung, um die Setzungen so zu installieren, dass das Programm langfristig funktioniert, damit am Ende mehr Künstler, mehr Theater, mehr kulturelle Institutionen dabei sind. Die sind jetzt nicht so stark vertreten. Also, ich würde es anders machen. Aber ich kenne die Logik und die Problematik der Geldvergabe. Das Geld muss zeitnah fließen, leider ist das so. Es ist eine ganz bittere Angelegenheit, dass die wertvolle, öffentliche Geldvergabe einer solchen Fördermaßnahme von Seiten des Bundes technisch nicht so konzipiert werden kann, dass wir Qualität, Bedarf und Nachhaltigkeit durch präzises Gestalten in Kooperation mit Land und Kommune garantieren können. Das Programm ist ein Segen, endlich kommt Geld für die kulturelle Bildung in einer wahrnehmbaren Größe aus diesem Ministerium. Darum bitten wir schon ganz lange. Ich hoffe, damit ist auch ein Zeichen für die nächsten Jahre gesetzt, dass auf diesem Feld einfach mehr zusammengearbeitet wird. Wir können diesen Bereich mit unseren Kunstetats schlichtweg nicht auch noch bestreiten. Das geht nicht. Wir haben kleine Duftmarken gesetzt, die waren schon laut genug, aber das gesamte Feld „kulturelle Bildung“ zu bearbeiten, ist für uns überhaupt nicht zu machen. Eigentlich ist im Bildungsetat das große Geld, und da müssen wir auch zusammenarbeiten.

Abg. Wolfgang Börnsen (CDU/CSU): Ich würde gern noch eine Frage an Herrn Zimmermann und Herrn Höppner richten. In dieser Woche entscheiden wir im Deutschen Bundestag darüber, dass die Finanzierung der Grundsicherung vom Bund übernommen wird und die Gemeinden damit in den nächsten sieben Jahren um etwa 20 Mrd. Euro entlastet werden. Welche Möglichkeiten sehen Sie, den Gemeinden zu verdeutlichen, dass diese umfangreiche Ersparnis genutzt werden soll, um zu einer viel größeren Kulturförderung vor Ort zu kommen, die von der freien Szene bis zu den Institutionen allen zugute kommen sollte.

Die Vorsitzende: Herr Höppner, Sie sollen anfangen.

Christian Höppner (Generalsekretär Deutscher Musikrat e.V.): Ganz kurz nur: Ich kann das verstehen, was Frau Völckers zum Stichwort „Kultur macht stark!“ gesagt hat. Aber die Tatsache, dass hier Partner gefunden sind, die sehr professionell arbeiten, sehr stark sind, macht dieses Qualitätsbedenken etwas kleiner.

Jetzt zu Ihrer Frage: Der Deutsche Musikrat verfügt über eine beispielhafte Struktur im föderalen Sinne dadurch, dass die Landesmusikräte noch einem ein Abbild des Musikrats sind und wir bis auf die kommunale Ebene sehr gut mit regionalen Musikräten vernetzt sind. Ich danke für den Hinweis, wir werden das Argument nutzen. Denn die einzige Möglichkeit ist natürlich, darüber bis in die einzelne Kommune hinein Öffentlichkeit herzustellen. Mit den entsprechenden Forderungen, diese Ressourcen zu nutzen, werden wir dann tatsächlich öffentlichkeitswirksam auftreten.

Olaf Zimmermann (Moderator des Kulturkonvents Sachsen-Anhalt, Geschäftsführer Deutscher Kulturrat e. V.): Wenn Sie das erlauben, würde ich gern sagen, dass ich Hortensia Völckers sonst immer zustimme. Aber in diesem einen Punkt, den sie eben genannt hat, liegt sie falsch. Diese Bündnisse für Bildung sind eine große Chance, endlich aus dieser Modellprojekteritis herauszukommen, die wir jahrzehntelang betrieben haben und die logischerweise auch die Kulturstiftung des Bundes macht, nämlich kleine Projekte zu machen, die einfach nicht in die Breite gehen, obwohl diese Projekte richtig toll sein können. Wir haben jetzt wieder gehört, dass „Jedem Kind ein Instrument“ nicht auf Nordrhein-Westphalen ausgeweitet werden kann. Es bleibt bei einer kleinen Modellstruktur. Wenn der Bund dann endlich einmal 230 Mio. Euro in die Hand nimmt, ist das ein richtiges Signal. Der Bund hat das Geld den Verbänden gegeben, die jetzt werden beweisen müssen, dass sie das Programm qualitativ vernünftig realisieren. Wenn die Verbände das versammeln, wäre das ein ganz großer Schaden für uns alle. Deswegen werden alle versuchen, etwas Gutes zu machen.

Von der Entlastung für die Kommunen, von der Sie gesprochen haben, befürchte ich, wird bei der Kultur nichts Positives ankommen. Die Kommunen sind in einer so prekären Situation, dass jede Entlastung, die sie bekommen, sofort vom großen schwarzen Loch geschluckt wird. Das ist ja unser großes Problem. Wir reden mit Kommunen und Ländern schon wie mit kranken Pferden und sagen ihnen immer wieder: Ihr müsst! Das ist eure Aufgabe! Ihr habt die Verantwortung in diesem Bereich! Die Kommunen rechnen uns dann sehr dezidiert vor, wo sie eben nicht mehr können. Und deswegen beißt sich die Katze in den Schwanz. Ich glaube, dass zumindest bei den Projekten, die eindeutig, die ganz klar bundesstaatliche Aufgaben sind, weil sie deutlich über die regionale Aufgabe hinausgehen, wie zum Beispiel die UNESCO-Welterbestätten, der Bund die Verantwortung hat und sie auch vollständig übernehmen sollte.

Die Vorsitzende: Jetzt ist die SPD an der Reihe. Ich habe Herrn Ehrmann auf meiner Liste.

Abg. Siegmund Ehrmann (SPD): Natürlich würde ich jetzt gern zu vielen Dingen etwas sagen. Ich greife eine Bemerkung von Herrn Dahmen auf, der ganz zentral herausgearbeitet hat, dass die Schule als Ort der kulturellen Bildung gestärkt werden muss. Ob das, was wir zum Schluss besprochen haben, diesem Ziel dient, ist für mich allerdings sehr fraglich. Ich finde es gut, dass in der kulturellen Bildung Akzente gesetzt werden. Aber das ist genau das Problem. Wir reden auf einer sehr abstrakten Ebene, ich würde die Sache ganz gerne operationalisieren, und zwar in eine bestimmte Richtung. Wir als Bundeskulturpolitik haben ja originäre Verantwortlichkeiten. Wir haben in der Antwort auf unsere Große Anfrage zur Musikförderung herausgearbeitet bekommen, dass ein unglaublich breites Spektrum von Institutionen unterwegs ist, um Musik aus der Hand des Bundes zu fördern. Wenn ich jetzt einfach aus dem Blickwinkel des Endverbrauchers oder des Antragstellers schaue, ist das eine schwierige Situation. Es gibt einen Teil in der Antwort auf die Anfrage, der lässt sich so zusammenfassen: Einmal gefördert, immer gefördert! Da gilt das sogenannte Omnibus-Prinzip. Das heißt, die Förderstruktur ist gewachsen. Meine Fraktion und meine Partei haben auf dem Gebiet auch schon Akzente gesetzt. Was fehlt, ist der Boxenstopp, also die Frage: Welche Wirkungen sind mit der Förderung verbunden? Tritt eigentlich ein, was wir erhoffen? Ist das gut und richtig? Wie schaffen wir Neuakzentuierungen, um zum Beispiel auch populärere

Darstellungsformen integrieren oder das Verhältnis zur freien Szene in unterschiedlichen Sparten regeln zu können? Das ist die zentrale Frage und deshalb noch einmal konkret: Wenn der Bund im Bereich der Musikförderung umsteuern würde und wollte, könnte man dies nach dem Sievers-Konzept machen? Herr Dr. Sievers hat ja Methoden vorgestellt, wie man das in einem Prozess angehen könnte. Ich frage Olaf Zimmermann, der in seiner Stellungnahme geschrieben hat, um kulturelle Vielfalt zu sichern, ist eine Dynamisierung der Kulturförderung unerlässlich. Ich nehme einmal das Beispiel der Musikförderung: Was würde diese Forderung konkret für die Musikförderung des Bundes bedeuten? Was wären die Instrumente, die Methoden, um in einem diskursiven Prozess an dieses Ziel zu kommen?

Zweite Ebene: Der Bund hat originäre Verantwortung, den Gedanken hatte ich gerade angesprochen. Zum Stichwort „kooperativer Föderalismus“ die Frage an die Runde: Wäre das Instrument des Hauptstadtkulturfonds – Herr Knoch hat den Fonds kritisch angesprochen, als Instrument aber nicht in Zweifel gezogen – ein Exportartikel für zehn mal zehn Regionen Deutschlands, in denen man gemeinsam mit den Akteuren auf der staatlichen Seite und auf der zivilgesellschaftlichen Seite die Kooperation im öffentlichen Fördersystem in konkreten Sparten trainieren könnte? Wäre das eine Denksportaufgabe, die wir als Bundeskulturpolitiker mitnehmen könnten? Das sind die beiden Aspekte, die mich interessieren.

Die Vorsitzende: Zuerst sollten Sie, Herr Zimmermann, antworten.

Olaf Zimmermann (Moderator des Kulturkonvents Sachsen-Anhalt, Geschäftsführer Deutscher Kulturrat e. V.): Wir kreisen immer um diese Frage, und so habe ich Ihre Frage auch verstanden: Wie kriegen wir es eigentlich hin, eine Förderung weiter aufrechtzuerhalten und trotzdem Neues zuzulassen, auch Innovation zuzulassen? Es gibt ein Beispiel, wo es nicht funktioniert hat, nämlich in den Niederlanden. Da gab es vor einigen Jahren ein neues System, und man hat gesagt: Ich fahre alle fünf Jahre die gesamte Förderung auf null, jeder muss dann neue Anträge stellen. Weil jemand eine feste Institution repräsentiert, hat er nicht automatisch bessere Chancen, Mittel zu bekommen, sondern er muss jedes Mal wieder neu antreten. Das Ergebnis kann man sich jetzt in den Niederlanden anschauen: maximaler Kulturabbau in der gesamten Breite.

Das heißt, wenn ich die etablierten Institutionen aus der Förderung herausnehme, dann mache ich es denen enorm leicht, die sagen: Vielleicht braucht man das alles gar nicht mehr. Ich würde deshalb gern einen veränderten Vorschlag machen, der an das anknüpft, was Hortensia Völckers gesagt hat. Ich glaube, wir brauchen eine Kulturänderung bei den Kultureinrichtungen. Diese Aufforderung ist gar nicht an Sie gerichtet, sondern die ist an uns gerichtet. Wir brauchen eine Kulturänderung in den Kultureinrichtungen. Das heißt, wir wollen, dass die festen Strukturen und die großen Häuser – im Musikbereich gibt es die größten Häuser überhaupt – auch weiterhin existieren und Sicherheit in der Finanzierung haben. Finanzierungssicherheit halte ich für ganz wichtig, das ist ein großer Stabilitätsanker. Die Häuser selbst müssen aber in ihrer Kultur eine Wandlung mitmachen. Sie müssen sich nämlich in einer ganz anderen Art und Weise für die anderen öffnen, für den nicht so fest institutionalisierten Kulturbereich. Das ist ein ganz schwerer Weg. In Sachsen-Anhalt haben wir die Diskussion geführt, und da sagte ein

Verantwortlicher eines großen Theater: Solidarität steht nicht in meinem Intendantenvertrag. Das sehe ich vollkommen anders. Ich finde, gerade im Intendantenvertrag steht an erster Stelle ganz groß: Solidarität. Erst danach kommt eine Menge anderes. Das heißt, unterschiedliche Strukturen aufnehmen, das müssen wir leisten. Aber ich bitte darum, dass wir nicht versuchen, an den großen Institutionen zu sägen. Denn meine Sorge ist, wenn wir die Großen wegschaffen, dann ist das Einfallstor da, dass man sagt: Wir brauchen diese ganzen Strukturen nicht mehr. Wie gesagt, eine Kulturänderung innerhalb der Kultureinrichtungen scheint mir eine der ganz großen Aufgaben zu sein, die wir hier am Tisch gemeinsam diskutieren müssen. Da sind wir in der Bringschuld, etwas der Politik gegenüber präsentieren zu können.

Die Vorsitzende: Jetzt hat sich noch Herr Dr. Sievers gemeldet und Zeit genug gibt es auch.

Dr. Norbert Sievers (Geschäftsführer Kulturpolitische Gesellschaft): Vielen Dank. Ich würde gerne zum Stichwort „Hauptstadtkulturfonds“ etwas sagen. Selbstverständlich kann ich mir vorstellen, dass das ein gutes Prinzip wäre, das man verbreitern könnte. Ich kann das aus Erfahrung sagen als Geschäftsführer des Fonds Soziokultur. Wir fördern schon seit 25 Jahren soziokulturelle Projekte, insgesamt über 1.000. Ich sage das, weil staatsferne Organisationen auf eine andere Art und Weise fördern können als der Staat. Ich hatte das Stichwort „staatsferne Kulturförderung“ ja schon in meinem Statement angesprochen und halte das für ganz wichtig. Sie können mit der Kulturszene anders kommunizieren. Kulturförderung bedeutet schließlich nicht nur Geldtransfer, um irgendetwas zu bewirken, ein Projekt zu realisieren. Sondern Kulturförderung ist in starkem Maße Kommunikation mit den Adressaten, mit den Akteuren im kulturellen Feld. Deshalb muss man Institutionen bauen, die kommunizieren können und die lernen können, die lernbereit und lernfähig sind. Das sind natürlich auch staatliche Organisationen, aber auf eine andere Art und Weise, weil die nichtstaatlichen Einrichtungen näher an der Szene sind. Das können wir beobachten. Wir veranstalten zum Beispiel Seminare mit Fördermittelempfängern und lernen viel daraus, können unsere Förderpolitik darauf abstimmen. Wir machen jedes Jahr eine Zeitschrift. Das alles führt dazu, dass in 25 Jahren nicht ein einziger Problemfall entstanden ist. Ganz im Gegenteil, das Interesse ist von Jahr zu Jahr gewachsen, daran kann man sich ein Beispiel nehmen. Das sage ich natürlich nicht pro domo, aber das Stichwort war da. Der Fonds ist ein gutes Modell, und darüber sollte man nachdenken. Ob am Ende die Vervielfältigung des Hauptstadtkulturfonds stehen muss, weiß ich nicht. Aber das Prinzip zu nutzen, ja.

Die Vorsitzende: Herr Knoch, wenn es sehr schnell geht, bitte.

Christophe Knoch (Sprecher der Koalition der Freien Szene Berlin/Micamoca project berlin e. V.): Ganz kurz: Das Problem beim Hauptstadtkulturfonds, das wir hier in Berlin sehen, ist, dass der Hauptstadtkulturfonds zur Entlastung des öffentlichen Haushalts bei der Förderung der institutionell geförderten Einrichtungen führt. Dieser Effekt wäre falsch, dann würde die öffentliche Hand aus ihrer Verantwortung genommen. Das zu bedenken wäre sehr, sehr wichtig. Insofern, ein Modell, das zehn mal zehn so verbreitert wird, sehr gerne! Aber dann müssten Sie bitte darauf achten, dass das nicht zur Entlastung an anderer Stelle führt.

Die Kooperation mit der freien Szene wurde hier schon allenthalben angesprochen. Die freie Szene ist sehr dafür. Aber dann müsste tatsächlich ein Gesinnungswandel in den Häusern stattfinden.

Die Vorsitzende: Dann ist als Nächster Herr Deutschmann für die FDP-Fraktion an der Reihe.

Abg. Reiner Deutschmann (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Zuerst eine kurze Feststellung: Frau Völckers, Sie haben die Frage der Fonds angesprochen, die in der Bundeskulturstiftung verankert sind. Wir haben ja noch immer die Absicht, im parlamentarischen Verfahren die Fonds möglichst um 1,5 Mio. Euro aufzustocken. Das Problem besteht aber in dieser Siebtel-Regel, die Sie angesprochen haben. Das heißt nämlich, wenn wir den Fonds 1,5 Mio. Euro mehr geben wollen, müssten wir 10,5 Mio. Euro mehr in die Bundeskulturstiftung stecken. Und das wird schwierig. An dieser Stelle müssen wir noch sehen, welche Lösung man finden kann.

Was ich fragen will, bezieht sich noch einmal auf die Große Anfrage, die die SPD-Fraktion zur Musikförderung gestellt hatte und die sehr ausführlich beantwortet wurde. Mich hat nur die Schlussfolgerung dazu in der Plenardebatte gestört, wo gesagt wurde, es müsse eine grundlegende Neuausrichtung der Musikförderung des Bundes erfolgen. Ich halte diese These durchaus für gefährlich, weil natürlich vieles, was zurzeit gefördert wird, dann am Ende rausfallen könnte. Dazu würde ich gern einmal die Meinung von Frau Völckers und Herrn Höppner hören.

Noch ein kurzes Wort zu Olaf Zimmermann. Ich fand deine Bemerkung durchaus bedenkenswert, was die UNESCO-Weltkulturerbestätten betrifft. Die meisten wissen, ich komme eigentlich aus der kommunalen Kulturarbeit. Ich habe 18 Jahre lang Verantwortung für die Kultur in einer Stadt getragen und habe selbst vor rund zehn Jahren an einem Papier mitgearbeitet, gemeinsam mit Professor Rabe und solchen Städten wie Wolfenbüttel, Wittenberg, Weimar (deswegen der Name „www-Konzept“). Kamenz und Halberstadt waren auch dabei. In diesem Papier stand, dass Lösungen für Städte gebraucht werden, die kulturtragender sind als andere. Es geht um Städte, die mehr Kultureinrichtungen haben, als sie für die eigene Bevölkerung vorhalten müssten, die die Kosten am Ende aber zum großen Teil alleine tragen müssen. Hier Lösungen zu finden und ein Konzept zu entwickeln, darüber sollten wir auf Bundesebene durchaus stärker diskutieren.

Die Vorsitzende: Herr Höppner, bitte.

Christian Höppner (Generalsekretär Deutscher Musikrat e.V.): Aus Sicht des Deutschen Musikrates hat sich die Musikförderung des Bundes sehr positiv entwickelt. Zwar haben wir an einigen Stellen Vorschläge gemacht, weil wir denken, dass es noch Entwicklungsbedarf gibt. Ich erinnere noch einmal an die Förderkriterien auf der Grundlage der UNESCO-Konvention zur kulturellen Vielfalt. Aber von dem, was zum Beispiel im Bereich der kulturellen Bildung passiert ist – das Stichwort fiel heute schon –, was nicht zuletzt im Bereich des BKM an wirklich impulsgebenden Projekten gefördert worden ist, erhoffen wir uns noch eine stärkere Wirkung auch in die Länder hinein. Wir sehen keinen grundlegenden Korrekturbedarf,

weil die Wirkung von Projekten nicht nur mit der Erhöhung der Etats zusammenhängt, sondern auch mit der Art und Weise, wie gefördert wurde. Im Ergebnis können wir die Förderung an vielen Stellen sehr gut mittragen.

Die Vorsitzende: Frau Völckers, Sie sind an der Reihe.

Hortensia Völckers (Vorstand, Künstlerische Direktorin Kulturstiftung des Bundes): Die Kulturstiftung des Bundes hat bis heute 45 Mio. Euro für neue Musik zur Verfügung gestellt. Wir würden sehr dafür plädieren, dass ein neuer Fonds für Musik und Musikprojekte eher beim Musikrat untergebracht wird als bei uns. Es gab vor ein paar Jahren einmal das Programm „Konzert des Deutschen Musikrates“. Die Förderung wurde allerdings von 250.000 auf 100.000 Euro heruntergefahren. Das verstehen wir nicht. Was soll das denn für ein Zeichen sein, wenn es denn so viele Defizite bei der Förderung von Produktionen im Bereich neuer Musik gibt? Deshalb, bei der überragenden Position, die der Musikrat im Verhältnis zu anderen Sparten als sehr starke Organisation hat, die auch gut gefördert ist, wäre es sehr sinnvoll, noch einmal genau hinzuschauen, damit wir nicht wieder Strukturen verdoppeln. Als Bundeskulturstiftung hätten wir ja auch das Problem, dass ein anderer Fonds aus unserer Arbeit herausfallen müsste, weil wir gedeckelt sind. Das ist die Schwierigkeit. Das ist ein Herzensproblem und ein politisches Problem.

Die Vorsitzende: Dann habe ich jetzt noch die Fraktion DIE LINKE. auf meiner Liste.

Abg. Dr. Rosemarie Hein (DIE LINKE.): Vielen Dank. Die Stadt Calbe hat 9.000 Einwohner, ist ländlicher Raum und die einzige kulturelle Einrichtung der Stadt, die Bibliothek, wird am Jahresende geschlossen. Von den 230 Mio. Euro aus dem Programm „Kultur macht stark!“ kann dort schon deshalb nichts ankommen, weil kein Partner vor Ort mehr zur Verfügung steht, der diese Mittel ausgeben könnte. Insofern, finde ich, hat Frau Völckers durchaus recht. Nun ist heute mehrfach kritisiert worden, dass die Finanzierung von Kultur sehr stark und immer stärker über Projekte erfolgt. Ich würde gerne Herrn Dr. Sievers fragen, welche Steuerungsinstrumente er für geeignet hält, eine dauerhafte Kulturfinanzierung zu sichern, damit Kommunen auch in die Lage versetzt werden, solche Einrichtungen zu erhalten. In Calbe geht es übrigens um 55.000 Euro.

Die Vorsitzende: Herr Sievers, bitte.

Dr. Norbert Sievers (Geschäftsführer Kulturpolitische Gesellschaft): Das ist eine schwer zu beantwortende Frage. Insbesondere deshalb, weil man es sich hier leichtmachen könnte und sagen könnte: Wir brauchen mehr Geld. Das ist immer die leichteste Antwort. Wir haben aber nicht mehr Geld. Deshalb muss man sich Lösungen überlegen, ohne dass man gleichzeitig mehr Geld generieren müsste. Was das für so kleine Kommunen wie Calbe bedeutet? Ich denke, diese Probleme müssten sich durch einen Fonds lösen lassen, der gezielt solche Situationen adressiert, nach Partnern sucht und nach Möglichkeiten, dort etwas zu inszenieren. Das sind Größenordnungen, die noch zu stemmen sind. Ich glaube nicht, dass das mit dem Programm „Kultur macht stark!“ zu machen ist, das ich im Übrigen ähnlich

kritisch sehe wie Frau Völckers. Aber ich denke, dass es unbedingt notwendig wäre, sich genau solche Situationen anzuschauen und sich zu überlegen, was strukturell und systemisch notwendig wäre, um Kulturpolitik und Kulturförderung auf solche Situationen auszurichten. Denn, so etwas werden wir in Zukunft öfter erleben, nicht nur in Kommunen von 9 000 Einwohnern, auch in Kommunen von 20 000 oder 25 000 Einwohnern. In solchen Orten leben eine Menge Menschen in Deutschland. Dafür Lösungen jetzt in zwei Minuten aus dem Ärmel zu schütteln, ist etwas schwierig, aber sich das Problem als Aufgabe vorzunehmen, ist sehr, sehr wichtig. Da könnten im Übrigen Fonds eine segensreiche Rolle spielen, auch Kombinationen könnte ich mir vorstellen in der Trägerschaft von Kommunen oder kommunalen Gebietskörperschaften. Darüber wäre nachzudenken.

Die Vorsitzende: Herr Zimmermann würde gern noch eine Bemerkung machen, und die Zeit dafür haben wir noch.

Olaf Zimmermann (Moderator des Kulturkonvents Sachsen-Anhalt, Geschäftsführer Deutscher Kulturrat e. V.): Ich finde, die Bibliothek in Calbe ist wirklich ein gutes Beispiel, die wir als Deutscher Kulturrat deswegen auch auf unsere Rote Liste genommen haben. Hier wird deutlich, dass vieles von dem, was wir ständig sagen, in der Praxis dann doch keine Resultate zeigt. Diese Bibliothek ist wirklich wichtig. Sie ist so wichtig, weil es rundherum nichts anderes gibt. Sie ist der letzte kulturelle Ort, den es in Calbe gibt. Deswegen ist sie ganz besonders wichtig. Ich glaube nicht, dass die Rettung der Stadtbibliothek in Calbe eine Aufgabe des Bundes ist. Ihre Rettung ist eindeutig eine Aufgabe der Kommune, die das aber nicht mehr schafft. In diesem Fall muss das subsidiäre Prinzip greifen, geht die Aufgabe eindeutig auf das Land über. Auch ein Land wie Sachsen-Anhalt trägt diese Verantwortung und hat zu schauen, wie es – bei aller Notwendigkeit sich in bestimmten Strukturen auf die Zentren zu konzentrieren – kulturelle Angebote auch im Regionalen, im Lokalen aufrechterhält, weil sonst die letzten kulturellen Orte verschwinden. Ich hoffe, wir werden im Kulturkonvent diese Ausgewogenheit erreichen zwischen einer zukünftig stärkeren Konzentration auf die Zentren und einem vernünftigen Mindestmaß an kultureller Infrastruktur im ganzen Land. Das wird allerdings ganz schwer werden und in Sachsen-Anhalt nicht funktionieren, wenn man den Kulturretat des Landes ständig zurückschraubt.

Die Vorsitzende: Vielen Dank, auch für diesen letzten Hinweis, noch einmal an die Verantwortung der Länder zu appellieren. Das ist leider unser täglich Brot. Aber es gab schließlich eine Föderalismusreform, bei der die Länder deutlich auf ihren hoheitlichen Aufgaben bestanden haben und es dem Bund schwerer gemacht haben mitzuwirken, als wir uns das wünschen. Das betrifft zwar weniger die Kultur, aber auch in diesem Bereich ist es ganz wichtig, dass das Problem adressiert wird. Abgesehen davon haben wir mit dem Programm „Kultur macht stark!“ – auch wenn es vielleicht etwas spät kam – versucht, mit der kulturellen Bildung in die Breite zu gehen. Dass wir institutionelle Partner gesucht haben, liegt dran, dass wir wegen der Kurzfristigkeit eine gewisse Professionalität sicherstellen wollten. Dass dieses Vorgehen die eben beschriebenen Probleme mit sich bringt, ist allen bekannt. Aber das ist besser, als wenn wir das Programm gar nicht aufgelegt hätten.

Ich finde, das war heute eine spannende Sitzung. Wir beschäftigen uns, wenn auch nicht immer in Form von Anhörungen, sehr häufig mit diesen Fragen, auch mit Strukturfragen. Deshalb ist es gut, dass Sie uns als Experten zurückmelden, wie die Arbeitsrealität aussieht und ein solches Gespräch nicht im parteipolitischen Klein-Klein verläuft. Wobei man, glaube ich, der heutigen Diskussion angemerkt hat, dass das im Kulturausschuss weniger das Problem ist. Also nochmals: Vielen, vielen Dank, an die Kolleginnen und Kollegen, aber auch an die Expertinnen und Experten. Melden Sie die Ergebnisse des Gesprächs weiter, auch an die kommunalen Vertreter, die heute nicht dabei sein konnten. Ich bedanke mich auch für das große Interesse des Publikums. Wir werden immer wieder, gerade bei solchen Themen, die Öffentlichkeit einladen. Vielen Dank Ihnen allen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend, hoffentlich hauptsächlich in der Kultur.

Schluss der Sitzung: 18:00 Uhr

Monika Grütters, MdB
Vorsitzende